KARL KAUTSKY

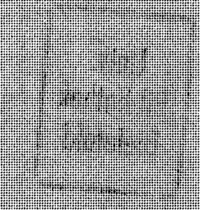
DEMOKRATIE ODER DIKTATUR



Demokratie oder Diktatur

Von

Karl Kautsky



Zweite Auflage

VERLEGT BEI PAUL CASSIRER BERLIN 1918

DEMOKRATIE ODER DIKTATUR

Die Aufgabe.

Der Krieg hat mit unerhörter Intensität die ganze Welt in die Bahn des Sozialismus geschleudert. Die an der Spitze der kapitalistischen Entwicklung marschierenden Nationen sahen sich gezwungen, um den militärischen Anforderungen gewachsen zu sein, das Verkehrswesen ebenso wie die wichtigsten Zweige der Produktion staatlicher Kontrolle zu unterwerfen. Gleichzeitig wurde die gesamte Masse der Arbeiterschaft, auch ihre bisher indifferenten Teile, in höchstem Maße politisiert und ihr die Bedeutung staatlicher Macht und staatlicher Freiheit aufs eindringlichste vor Augen geführt. Denn die Entente konnte den Krieg nicht gewinnen ohne die begeisterte Zustimmung der Arbeiterklasse, und die war für ihn nur zu haben, wenn er ihr als ein Krieg für die Demokratie gegen Militarismus und Autokratie erschien.

Die Geister, die sie da gerufen, werden die Westmächte nicht wieder los werden, weder die staatliche Beherrschung der Produktion im Interesse der Gesamtheit noch die energische Aktion der Arbeitermassen für große politische und soziale Ziele. Beides vereint muß in Frankreich und den angelsächsischen Staaten bei der Höhe ihres industriellen Kapitalismus und der Stärke ihres Proletariats die Entwicklung in der Richtung zum Sozialismus gewaltig beschleunigen, ohne daß eine gewaltsame Revolution dort notwendig wird.

Gleichzeitig war aber eine solche Revolution unvermeidlich geworden in den großen Militärmonarchien des Ostens, in Deutschland, Rußland, Österreich. Sie sind alle im Weltkriege unterlegen, es gibt keine Militärmonarchie mehr im Bereich der Zivilisation, wenn man absieht von dem uns so fernliegenden und völlig iso-

lierten Japan. Nicht auf friedlichem Wege, nur durch Gewalt konnte die Militärmonarchie aus dem Wege geräumt werden, das haben gerade die Ereignisse der jüngsten Tage deutlich gezeigt.

In Deutschland wurde bei seinem hochentwickelten Kapitalismus die politische Revolution auch zum Ausgangspunkt einer sozialen; sie brachte das Proletariat direkt zur Herrschaft, nicht bloß zu starker politischer Macht, wie das bei den Westmächten zurzeit der Fall ist. Nur die wirtschaftlichen Nöte, die der Krieg erzeugt hat, vermögen noch den raschen Aufbau des Sozialismus hier zu erschweren, andererseits machen gerade sie diesen Aufbau noch dringender notwendig, als anderswo.

Anders steht es in den slawischen Ländern, die noch überwiegend agrarisch mit einer dünnen industriellen Oberschicht sind. Sie verfügen weder über die ökonomischen Einrichtungen noch über die intellektuellen Kräfte und die proletarischen Massenorganisationen, die erforderlich sind, wenn sie den Sozialismus aus eigener Kraft, aus sich selbst heraus entwickeln sollen. In denjenigen dieser Länder, in denen die Bauernschaft überwiegt, bildet sie einen ökonomisch reaktionären Faktor, der dem Sozialismus hinderlich im Wege steht, und über nationaldemokratische Ziele nicht weit hinauszugehen gedenkt.

In manchen Gebieten des Ostens, in denen der große Grundbesitz überwiegt und den Bauern noch in halbfeudaler Abhängigkeit erhält, bildet der Bauer dagegen noch ein rebellisches Element, so lange der große Grundbesitz besteht, ein Element, das bereit ist, mit dem städtischen Proletariat zum Umsturz der bestehenden Eigentumsordnung zusammenzuwirken, das aber am Sozialismus keinerlei Interesse besitzt.

Ein solcher Zustand bestand in Großrußland, und dank ihm ist es einer Partei des sozialistischen Proletariats, den sogenannten Bolschewiki, durch Unterstützung der Bauern gelungen, nach dem Zusammenbruch des Zarismus, unter dem Eindruck der Fortdauer des Krieges, die schwache provisorische Regierung zu stürzen und die politische Macht an sich zu reißen, die sie bisher behaupteten, dank der politischen Apathie der Bauern, der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung.

Die Bolschewiki waren die erste sozialistische Partei in der Weltgeschichte, der es gelang, ein großes Reich zu beherrschen, und die es unternahm, den Sozialismus zu verwirklichen. Das war das Große, viele Proletarier Bestechende und Erhebende ihres

Tuns. Doch die Verhältnisse waren ihrem Vorhaben so ungünstig als möglich, alle Vorbedingungen zur Durchsetzung ihres Zieles fehlten ihnen bei der ökonomischen Rückständigkeit des Landes.

Daher verzweifelten sie daran, sich auf dem Wege der Demokratie durchzusetzen. Bisher hatte es in den Reihen der Sozialdemokratie für eine Selbstverständlichkeit gegolten, daß der Sozialismus aus der Demokratie bei entwickelter kapitalistischer Produktionsweise entspringen müsse. Die Bolschewiki setzten in ihrer Notlage an Stelle dieser Auffassung eine ganz andere, völlig neue. Sie forderten die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie, nicht für eine vorübergehende Ausnahmesituation, für welche sie in revolutionären Zeiten notwendig werden kann, sondern als normalen Ersatz der Demokratie in der Zeit des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise, also für einen Zeitraum, der Jahrzehnte umfassen kann. Sie forderten die Diktatur unter allen Umständen, nicht nur für die bisherigen Militärmonarchien, sondern auch für die alten Demokratien des Westens. Sie forderten die Diktatur der Kampforganisationen, die ihnen zum Siege verholfen hatten, der Räte der Arbeiter, der Soldaten, der Bauern.

Ihre Forderung wird erklärlich durch die eigenartigen Verhältnisse des Landes, in dem sie zur Macht gelangten, und durch die abnorme Situation, die sie in die Höhe brachte. Diese Forderung war ein Ausdruck der Verzweiflung einer isolierten proletarischen Partei, die sich in einem Lande mit schwachem Proletariat riesengroße Aufgaben stellt, deren Lösung nur einem Proletariat möglich ist, das die Mehrheit der Bevölkerung bildet und die Intelligenz des Landes wenigstens zum Teile hinter sich hat.

Das wurde jedoch nicht überall erkannt. In den alten Demokratien des Westens dachte freilich kein ernsthafter Mensch daran, die bolschewistische Parole der Diktatur zu der seinen zu machen. So weit dort bolschewistische Sympathien zutage traten, galten sie dem sozialistischen Ziel, dem proletarischen Charakter der „kommunistischen“ Partei, nicht ihren politischen Methoden.

Wir in Deutschland dagegen, namentlich in Preußen, haben bisher unter einem Regime der Militärautokratie und der Polizeiwillkür gelebt, das dem russischen so verwandt war, daß sich in manchen Schichten eine Geistesverfassung bilden konnte, die sich empfänglich zeigte für die der russischen Eigenart entsprungenen Gedanken der Diktatur.

Daher ist es notwendig geworden, die Frage der Demokratie für das Proletariat und den Sozialismus, die für uns seit Jahrzehnten erledigt schien, wieder einmal der Erörterung zu unterziehen. Zu diesem Zwecke habe ich schon einige Wochen vor der Revolution eine Broschüre erscheinen lassen unter dem Titel „Die Diktatur des Proletariats" (Wien, Volksbuchhandlung, J. Brand).

Der größte Teil der Schrift befaßt sich mit den russischen Verhältnissen. Alles, was ich darüber ausführte, ist durch die Tatsachen leider bestätigt worden.

Heute haben wir selbst eine Revolution. Heute stehen wir nicht für Rußland, sondern für Deutschland vor der Frage: ob Diktatur, ob Demokratie.

In dieser geänderten Situation erscheint es mir zweckdienlich, jenen Teil meiner Schrift, der sich bloß mit der allgemeinen Frage beschäftigt, ob Demokratie, ob Diktatur, gesondert erscheinen zu lassen. Er liegt hier vor. Wer auch jene meiner Ausführungen lesen will, die sich mit den russischen Dingen beschäftigen und die meine theoretischen Ausführungen praktisch illustrieren, sei auf die genannte Schrift selbst verwiesen.

Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur fand in Rußland seinen auffallendsten Ausdruck in der Frage der Konstituante, in der Frage, ob es richtig sei, alle politische Macht in die Hände einer nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht erwählten Volksvertretung zu legen, wie Engels es noch 1891 forderte, oder ob wir an Stelle dieser Nationalversammlung eine Versammlung setzen sollen, die nach indirektem, öffentlichem, ungleichem, ständischem, beschränktem Wahlrecht von einigen privilegierten Schichten von Arbeitern, Soldaten und Bauern gewählt ist.

Die Regierung und die große Mehrheit der Bevölkerung, so weit man nach einzelnen Anzeichen schließen kann, tritt für die Nationalversammlung ein. Aber das enthebt uns nicht der Pflicht, uns mit denjenigen Sozialisten auseinander zu setzen, die die Interessen des Sozialismus durch die Demokratie gefährdet sehen und glauben, nur durch die Diktatur sei die Menschheit vom Alp des Kapitalismus zu befreien.

Wir wollen daher im folgenden untersuchen, welche Bedeutung die Demokratie für das Proletariat besitzt.

Die Demokratie und die Eroberung der politischen Macht.

Man unterscheidet mitunter zwischen der Demokratie und dem Sozialismus, also der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Produktion in der Weise, daß man sagt, diese sei unser Endziel, der Zweck unserer Bewegung, die Demokratie bloßes Mittel zu diesem Zweck, das unter Umständen untauglich, ja sogar hinderlich sein könne.

Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung „jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse". (Erfurter Programm.)

Wir suchen dieses Ziel zu erreichen durch Unterstützung des proletarischen Klassenkampfes, weil das Proletariat als unterste Klasse sich nicht befreien kann, ohne alle Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung aufzuheben, und weil das industrielle Proletariat diejenige unter den ausgebeuteten und unterdrückten Schichten ist, die an Kraft, Kampffähigkeit und Kampfeslust immer mehr wächst und deren schließlicher Sieg unvermeidlich ist. Darum muß heute jeder wahrhafte Gegner von Ausbeutung und Unterdrückung den proletarischen Klassenkampf mitkämpfen, welcher Klasse immer er entstammen möge.

Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, das Proletariat zu befreien. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, wie noch Proudhon annahm, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.

Demokratie und Sozialismus unterscheiden sich also nicht darin, daß die eine Mittel ist und der andere Zweck. Beide sind Mittel für den gleichen Zweck.

Der Unterschied zwischen beiden liegt wo anders. Sozialismus als Mittel zur Befreiung des Proletariats ohne Demokratie ist undenkbar. Allerdings ist gesellschaftliche Produktion auch auf anderer als demokratischer Grundlage nötig. Bei unentwickeltem Verhältnis konnte eine kommunistische Wirtschaft geradezu eine Basis des Despotismus werden. Das konstatierte Engels schon 1875 mit Bezug auf den Dorfkommunismus, wie er sich in Rußland und Indien bis in unsere Tage erhalten hat. (Soziales aus Rußland, „Volksstaat", 1875.)

Das großartigste Beispiel einer nichtdemokratischen Organisation gesellschaftlicher Arbeit aber hat im 18. Jahrhundert der Jesuitenstaat von Paraguay gegeben. Die Jesuiten als überlegene Klasse organisierten dort mit diktatorischer Gewalt die Arbeit der indianischen Urbevölkerung in einer tatsächlich bewunderungswürdigen Weise, ohne Anwendung von Gewalt, ja unter Gewinnung der Anhänglichkeit ihrer Untertanen.

Für moderne Menschen jedoch wäre ein derartiges patriarchalisches Regime unerträglich. Es ist nur möglich unter Umständen, wo die Herrscher an Wissen hoch über den Beherrschten stehen, und diese absolut nicht in der Lage sind, sich zu gleicher Höhe zu erheben. Eine Schicht oder Klasse, die einen Befreiungskampf führt, kann sich ein derartiges System der Bevormundung nicht als Ziel setzen, sie muß es entschieden ablehnen.

Für uns also ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar. Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisierung der Produktion, sondern auch demokratische Organisierung der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie. Kein Sozialismus ohne Demokratie.

Jedoch ist der Satz nicht ohne weiteres umzukehren. Demokratie ist sehr wohl möglich ohne Sozialismus. Selbst die reine Demokratie ist denkbar ohne Sozialismus, zum Beispiel in kleinbäuerlichen Gemeinwesen, in denen völlige Gleichheit der ökonomischen Bedingungen für jedermann auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln besteht.

Auf jeden Fall kann man sagen, daß Demokratie möglich ist ohne Sozialismus und vor ihm. Und diese vorsozialistische Demokratie haben offenbar jene im Auge, die meinen, die Demokratie verhalte sich zum Sozialismus wie das Mittel zum Zweck, wobei sie sich jedoch meist beeilen hinzuzufügen, daß sie eigentlich kein

Mittel zum Zweck sei. Diesem Nachsatz muß auf das entschiedenste widersprochen werden. Er würde, wenn er allgemeine Annahme fände, unsere Bewegung auf die verhängnisvollsten Bahnen lenken.

Warum soll die Demokratie ein untaugliches Mittel für die Erreichung des Sozialismus sein?

Es handelt sich um die Eroberung der politischen Macht. Man erklärt, wenn in einem bisher bürgerlich regierten demokratischen Lande die Möglichkeit ersteht, daß die Sozialdemokraten bei den Parlamentswahlen die Mehrheit bekommen, würden die herrschenden Klassen alle ihnen zu Gebote stehenden Gewaltmittel aufwenden, um eine Herrschaft der Demokratie zu verhindern. Darum könne das Proletariat nicht durch die Demokratie, sondern nur durch die gewaltsame Revolution die politische Macht erobern.

Kein Zweifel, wo das Proletariat in einem demokratischen Staat an Macht zunimmt, muß man mit Versuchen der herrschenden Klassen rechnen, durch Gewaltmittel die Ausnutzung der Demokratie durch die aufstrebende Klasse zu vereiteln. Aber damit ist doch nicht die Wertlosigkeit der Demokratie für das Proletariat erwiesen. Wenn die herrschenden Klassen unter den hier erörterten Voraussetzungen zur Gewalt greifen, so geschieht es doch gerade deswegen, weil sie die Folgen der Demokratie fürchten. Und ihre Gewalttaten wären nichts anderes als ein Umsturz der Demokratie.

Also nicht die Wertlosigkeit der Demokratie für das Proletariat ergibt sich aus den erwarteten Versuchen der herrschenden Klassen, die Demokratie abzuschaffen, sondern vielmehr die Notwendigkeit für das Proletariat, die Demokratie mit Nägeln und Zähnen aufs äußerste zu verteidigen. Freilich, wenn man dem Proletariat einredet, die Demokratie sei doch im Grunde eine wertlose Dekoration, dann wird es die nötige Kraft zu ihrer Verteidigung nicht aufbringen. Doch hängt die Masse des Proletariats überall zu sehr an ihren demokratischen Rechten, als daß zu erwarten ist, sie würde sie willenlos fahren lassen. Im Gegenteil ist vielmehr zu erwarten, sie werde ihre Rechte mit einem solchen Nachdruck verteidigen, daß, wenn die Gegenseite das Volksrecht durch Gewalttat zu vernichten sucht, deren entschlossene Abwehr zu einem politischen Umsturz wird. Das ist um so eher zu erwarten, je höher das Proletariat die Demokratie schätzt, je leidenschaftlicher es an ihr hängt.

Anderseits darf man aber auch nicht glauben, daß der hier gezeichnete Gang der Ereignisse überall unvermeidlich sei. So kleinmütig brauchen wir doch nicht zu sein. Je demokratischer der

Staat, desto abhängiger sind die Machtmittel der Staatsgewalt, auch die militärischen, von der Volksstimmung (Miliz). Diese Machtmittel können da, auch in der Demokratie, ein Mittel zur gewaltsamen Niederhaltung proletarischer Bewegungen werden, wenn das Proletariat noch numerisch schwach ist, zum Beispiel in einem Agrarstaat, oder wo es politisch schwach ist, weil unorganisiert und geistig unselbständig. Erstarkt aber das Proletariat in einem demokratischen Staat so weit, daß es zahlreich und kraftvoll genug wird, die politische Macht durch Anwendung der gegebenen Freiheiten zu erobern, dann wird es der „kapitalistischen Diktatur" recht schwer fallen, die nötigen Machtmittel aufzubieten, um die Demokratie gewaltsam aufzuheben.

Marx hielt es in der Tat für möglich, ja für wahrscheinlich, daß in England wie in Amerika das Proletariat auf friedlichem Wege die politische Macht erobere. Nach dem Schluß des Haager Kongresses der Internationale von 1872 hielt Marx in einer Volksversammlung in Amsterdam eine Rede, in der er unter anderem ausführte:

„Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die neue Organisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrechterhält, wenn er nicht, wie die alten Christen, die solches vernachlässigt und verachtet hatten, auf das „Reich von dieser Welt" verzichten soll.

Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen, überall dieselben seien.

Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt wie Amerika, England und, wenn ich Eure Einrichtungen besser kennte, würde ich vielleicht hinzufügen Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Weg zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall."

So schrieb auch Friedrich Engels noch 1891:

„Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken, wie Frankreich und Amerika, in

Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist." (Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs, Neue Zeit XX, 1, S.10.)

Dagegen hielt er die gewaltsame Revolution für unvermeidlich in einer Militärmonarchie, wie Rußland, Deutschland, Österreich.

Marx und Engels haben in ihrer Politik stets einen großen Unterschied gemacht zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten.

Sicher gibt es auch in den demokratischen Staaten Schichten der besitzenden Klassen, deren Neigung zu Gewalttätigkeiten gegenüber dem Proletariat wächst. Daneben aber auch andere Schichten, deren Respekt vor der wachsenden Macht des Proletariats und deren Wunsch, es durch Konzessionen bei guter Laune zu erhalten, zunimmt. Trotzdem der Kriegszustand überall für die Zeit seiner Dauer die politische Bewegungsfreiheit der Volksmassen stark einengte, hat er doch dem englischen Proletariat eine bedeutende Erweiterung des Wahlrechtes gebracht. Es läßt sich heute noch gar nicht absehen, wie die Demokratie in den verschiedenen Staaten die Formen der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat beeinflussen und inwieweit sie bewirken wird, daß dabei von hüben und drüben gewalttätige Methoden vermieden und bloß friedliche angewendet werden. Auf keinen Fall wird das Bestehen der Demokratie dabei belanglos sein. In einer demokratischen Republik, in der die Volksrechte seit Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten festgewurzelt sind, Rechte, die das Volk durch Revolutionen eroberte und behauptete oder erweiterte, wobei es auch die herrschenden Klassen zum Respekt vor der Volksmasse erzog, in einem solchen Gemeinwesen werden die Formen des Überganges sicher andere sein als in einem Staat, in dem eine Militärdespotie bisher unumschränkt über die stärksten Machtmittel gegenüber der Volksmasse verfügte und gewöhnt ist, sie dadurch im Zaume zu halten.

Doch mit dem Einfluß der Demokratie auf die Formen des Überganges zum proletarischen Regime ist ihre Bedeutung für uns in der vorsozialistischen Zeit nicht erschöpft. Am wichtigsten wird sie für uns in diesem Zeitraum durch ihren Einfluß auf die Reifung des Proletariats.

Demokratie und Reife des Proletariats.

Der Sozialismus erheischt besondere historische Bedingungen, die ihn möglich und notwendig machen. Das ist wohl allgemein anerkannt. Jedoch besteht keineswegs Einigkeit unter uns in Bezug auf die Frage, welches die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein moderner Sozialismus möglich werde, wann ein Land reif sei für den Sozialismus. Diese Uneinigkeit in einer so wichtigen Frage ist nicht erhebend, immerhin hat die Notwendigkeit, uns jetzt mit dem Problem zu beschäftigen, etwas Erfreuliches. Denn diese Notwendigkeit rührt daher, daß der Sozialismus für uns aufgehört hat, etwas zu sein, was wir erst nach Jahrhunderten erwarten, wie uns noch bei Kriegsbeginn so mancher Umlerner versicherte. Der Sozialismus ist als wichtigste praktische Frage auf die Tagesordnung der Gegenwart gesetzt.

Welches sind nun die Vorbedingungen der Durchführung des Sozialismus?

Jedes bewußte menschliche Handeln setzt einen Willen voraus. Der Wille zum Sozialismus ist die erste Bedingung seiner Durchführung. Dieser Wille wird geschaffen durch den Großbetrieb. Wo der Kleinbetrieb in der Gesellschaft überwiegt, da besteht die Masse der Bevölkerung aus den Besitzern der Betriebe. Die Zahl der Besitzlosen ist gering. Wer besitzlos ist, der sieht sein Ideal in der Erlangung eines kleinen Besitzes. Dieser Wunsch kann unter Umständen revolutionäre Formen annehmen, aber die soziale Revolution wird da keine sozialistische sein; sie will bloß die vorhandenen Güter neu verteilen in einer Weise, daß ein jeder ein Besitzender wird. Der Kleinbetrieb erzeugt stets den Willen zur Erhaltung oder Gewinnung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit denen man arbeitet, nicht den Willen zum gesellschaftlichen Eigentum, zum Sozialismus.

Dieser Wille ersteht in den Massen erst dort, wo der Großbetrieb schon sehr entwickelt ist und wo seine Überlegenheit über den Kleinbetrieb außer Frage steht, wo die Auflösung des Großbetriebes ein Rückschritt, ja unmöglich wäre, wo die Arbeiter der Großbetriebe zum Eigentum an den Produktionsmitteln nur in gesellschaftlicher Form gelangen können, wo die Kleinbetriebe, so-

weit sie sich erhalten, immer mehr verkümmern, so daß deren Besitzer aus ihnen keinen Wohlstand mehr ziehen. So erwächst der Wille zum Sozialismus.

Gleichzeitig ersteht aber mit dem Großbetrieb auch die materielle Möglichkeit seiner Durchführung. Je größer die Zahl der Betriebe im Land und je größer die Unabhängigkeit der einzelnen voneinander, desto schwerer ist es, sie gesellschaftlich zu organisieren. Die Schwierigkeit schwindet in dem Maße, in dem die Zahl der Betriebe sich mindert und die Beziehungen zwischen ihnen immer regelmäßiger und fester werden. Endlich muß aber neben dem Willen und der materiellen Grundlage, gewissermaßen dem Rohstoff des Sozialismus, auch noch die Kraft vorhanden sein, die ihn verwirklicht. Diejenigen, die den Sozialismus wollen, müssen stark werden, stärker als diejenigen, die ihn nicht wollen.

Auch dieser Faktor wird durch die Entwicklung des Großbetriebes geschaffen. Dieser heißt Vermehrung der Zahl der Proletarier, derjenigen, die ein Interesse am Sozialismus haben, Verminderung der Zahl der Kapitalisten. Das heißt relative Verminderung im Verhältnis zur Zahl der Proletarier. Im Verhältnis zu den nichtproletarischen Zwischenschichten, Kleinbauern und Kleinbürgern mag die Zahl der Kapitalisten eine Zeitlang wachsen. Aber am raschesten im Staate wächst das Proletariat.

Alle diese Faktoren entspringen direkt aus der ökonomischen Entwicklung. Sie kommen nicht von selbst, ohne menschliches Zutun, aber sie kommen von selbst, ohne proletarisches Zutun, einzig durch das Wirken der Kapitalisten, die ein Interesse am Wachsen ihrer Großbetriebe haben. Diese Entwicklung ist in erster Linie eine städtische und industrielle. Die agrarische bietet nur einen schwachen Nachhall von ihr. Von den Städten, von der Industrie, nicht aber von der Landwirtschaft wird der Sozialismus ausgehen. Damit er aber verwirklicht wird, ist noch ein vierter Faktor notwendig neben den schon erwähnten: das Proletariat muß nicht nur ein Interesse am Sozialismus haben, es muß nicht bloß seine materiellen Bedingungen vorfinden und die Kraft haben, sich ihrer zu bemächtigen, es muß auch die Fähigkeit haben, sie festzuhalten und richtig anzuwenden. Nur dann ist der Sozialismus als dauernde Produktionsweise zu verwirklichen.

Zu der Reife der Verhältnisse, der nötigen Höhe der industriellen Entwicklung muß also auch die Reife des Proletariats hinzutreten, soll der Sozialismus möglich werden. Dieser Faktor

wird aber nicht durch die industrielle Entwicklung, durch das Wirken des kapitalistischen Strebens nach Profit, ohne Zutun des Proletariats geschaffen. Er muß von diesem im Gegensatz zum Kapital errungen werden.

Unter der Herrschaft des Kleinbetriebes verfallen die Besitzlosen in zwei Schichten: für die einen, Handwerksgesellen oder jüngeren Bauernsöhne ist die Besitzlosigkeit nur ein Übergangsstadium. Sie erwarten, eines Tages Besitzende zu werden, haben ein Interesse am Privateigentum. Was sonst noch an Besitzlosen vorhanden ist, bildet das Lumpenproletariat, eine für die Gesellschaft überflüssige, ja lästige Schicht von Schmarotzern ohne Bildung, ohne Selbstbewußtsein, ohne Zusammenhalt. Sie sind wohl gewillt, wo sie können, Besitzende zu expropriieren, aber weder gewillt, noch imstande, eine neue Wirtschaftsform aufzubauen.

Die kapitalistische Produktionsweise bemächtigt sich dieser Besitzlosen, deren Scharen in den Anfängen des Kapitalismus massenhaft anschwellen. Aus überflüssigen, ja schädlichen Schmarotzern verwandelt er sie in die unentbehrlichsten ökonomischen Grundlagen der Produktion und damit der Gesellschaft. Er vergrößert damit ebenso wie durch die Vermehrung ihrer Zahl ihre Kraft, aber er beläßt sie in ihrer Unwissenheit, Roheit Unfähigkeit. Er sucht sogar die gesamte arbeitende Klasse auf ihr Niveau herabzudrücken. Ja durch Überarbeit, Eintönigkeit und Geistlosigkeit der Arbeit, Arbeit von Frauen und Kindern drückt er die arbeitenden Klassen oft noch unter das geistige Niveau des früheren Lumpenproletariers herab. Die Verelendung des Proletariats nimmt da in erschreckendem Maße zu.

Aus ihr erwuchs der erste Anstoß zum Sozialismus als Streben, dem zunehmenden Massenelend ein Ende zu bereiten. Doch schien gerade dieses Elend das Proletariat für immer unfähig zu machen, sich selbst zu befreien. Bürgerliches Mitleid sollte es retten, sollte ihm den Sozialismus bringen.

Bald zeigte sich, daß von diesem Mitleid nichts zu erwarten sei. Eine ausreichende Kraft, den Sozialismus durchzuführen, konnte man nur von jenen erwarten, die ein Interesse an ihm hatten, den Proletariern. Aber waren die nicht hoffnungslos verkommen? Immerhin nicht alle. Noch gab es einzelne Schichten, die sich Kraft und Mut zum Kampf gegen das Elend bewahrt hatten. Diese kleine Schar sollte leisten, was die Utopisten nicht vermocht, sollte durch einen Handstreich die Staatsmacht erobern und durch sie

dem Proletariat den Sozialismus bringen. Dies die Auffassung Blanquis und Weitlings. Die Proletarier, die zu unwissend und verkommen waren, sich selbst zu organisieren und zu verwalten, sollten durch eine aus ihrer Elite gebildete Regierung organisiert und verwaltet werden, von oben herab, etwa wie die Jesuiten in Paraguay die Indianer organisiert und verwaltet hatten.

Weitling erwartete die Diktatur eines einzelnen, der an der Spitze einer siegreichen Revolutionsarmee den Sozialismus durchführen werde. Er nannte ihn einen Messias:

> Einen neuen Messias sehe ich mit dem Schwerte kommen, um die Lehre des ersten zu verwirklichen.
>
> Er wird durch seinen Mut an die Spitze der revolutionären Armee gestellt werden, wird mit ihr den morschen Bau der alten gesellschaftlichen Ordnung zertrümmern, die Tränenquellen in das Meer der Vergessenheit leiten und die Erde in ein Paradies verwandeln." (Aus: „Garantien der Harmonie und Freiheit." 3. Auflage, 1849, S. 312.)

Eine großartige, begeisternde Erwartung. Sie beruhte jedoch einzig auf der Zuversicht, die revolutionäre Armee werde den richtigen Mann schon finden. Wenn man diesen Messiasglauben nicht hegte, wenn man zu der Überzeugung gelangte, daß nur das Proletariat sich selbst befreien könne, daß der Sozialismus verurteilt sei, eine Utopie zu bleiben, so lange das Proletariat nicht die Fähigkeiten der Selbstverwaltung in allen Organisationen, deren es sich bemächtigt, also auch im Staat erlangt hat — wurde da nicht die Aussichtslosigkeit des Sozialismus proklamiert, angesichts der Verelendung des Proletariats durch den Kapitalismus? So schien es. Doch Praxis und Theorie zeigten bald einen Ausweg. In England wurde zuerst das industrielle Proletariat eine Massenerscheinung, dort fand es aber auch einige Ansätze demokratischer Rechte, einige Möglichkeiten der Organisation und der Propaganda, und die Bourgeoisie rief es in ihren Kämpfen mit dem Adel ums Wahlrecht selbst auf, sich zu rühren.

In den Gewerkschaften und den Chartisten erstanden die Anfänge der Arbeiterbewegung, des Widerstandes des Proletariats gegen die Verelendung und die Rechtlosigkeit, begannen seine Streiks, seine großen Kämpfe ums Wahlrecht und den Normalarbeitstag.

Marx und Engels erkannten frühzeitig die Bedeutung dieser Bewegung. Nicht die „Verelendungstheorie“ kennzeichnet Marx und Engels. Die hatten sie mit allen Sozialisten gemein. Sie erhoben sich über diese, indem sie nicht nur die kapitalistische Tendenz der Verelendung erkannten, sondern auch die proletarische Gegentendenz, und in dieser, im Klassenkampf, den großen Faktor erkannten, der das Proletariat erheben und mit den Fähigkeiten ausrüsten solle, deren es bedarf, soll es nicht nur gelegentlich einmal die politische Macht an sich reißen, was ein Zufallserfolg sein kann, sondern auch imstande sein, die Macht zu behaupten und zu benutzen. Der proletarische Klassenkampf, als Kampf von Massen, setzt aber die Demokratie voraus. Wenn auch nicht gerade die „unbedingte“ und „reine Demokratie“, so doch soviel von Demokratie, als notwendig ist, Massen zu organisieren und regelmäßig aufzuklären. Das kann niemals ausreichend auf geheimem Wege geschehen. Einzelne Flugblätter können eine ausgedehnte Tagespresse nicht ersetzen. Geheim lassen sich Massen nicht organisieren, und vor allem kann eine geheime Organisation nicht eine demokratische sein. Sie führt stets zur Diktatur eines einzelnen oder einer kleinen Zahl leitender Köpfe. Die gewöhnlichen Mitglieder können da nur ausführende Werkzeuge sein. Ein derartiger Zustand wird bei völligem Fehlen der Demokratie für unterdrückte Schichten notwendig gemacht, jedoch die Selbstverwaltung und Selbständigkeit der Massen wird dabei nicht gefördert, wohl aber das Messiasbewußtsein der Leiter, ihre diktatorischen Gewohnheiten.

Derselbe Weitling, der so sehr die Messiasrolle hervorhob, er sprach höchst wegwerfend von der Demokratie:

„Die Kommunisten sind noch ziemlich unentschieden über die Wahl ihrer Regierungsform. Ein großer Teil derselben in Frankreich neigt sich der Diktatur hin, weil sie wohl wissen, daß die Volksherrschaft, so wie sie die Republikaner oder vielmehr die Politiker verstehen, nicht geeignet ist für die Übergangsperiode aus einer alten zu einer neuen, vollkommenen Organisation. Cabet hat trotzdem das Prinzip der Volksherrschaft den Republikanern abgeborgt, weiß jedoch sehr klug demselben während der Übergangsperiode eine fast unmerkliche Diktatur anzuhängen. Owen endlich, der Chef der englischen Kommunisten, will, daß jedes Mannesalter sein bestimmtes Amt zu verrichten habe, und also die höchsten Leiter der Verwaltung auch zugleich die ältesten Mitglieder derselben sind. Alle Sozialisten — mit Ausnahme der Fourieristen, denen jede Regierungsform gleich ist — sind darüber einverstanden, daß die Regierungsform, welche man Volksherrschaft nennt, ein sehr untauglicher, ja selbst gefährlicher Notanker für das junge, erst zu verwirklichende Prinzip der Gemeinschaft sei.“ (Garantien usw. S. 147.)

Weitling will, daß das größte Genie regiere. Dieses soll durch Lösung von Preisaufgaben vor wissenschaftlichen Versammlungen erkannt werden. Ich habe Weitling ausführlicher zitiert, damit man sieht, daß die Verachtung der Demokratie, die uns jetzt als neueste Weisheit präsentiert wird, recht alten Datums ist und einem ganz primitiven Zustand der Arbeiterbewegung entspringt. Zu derselben Zeit, zu der Weitling das allgemeine Wahlrecht und die Preßfreiheit verächtlich abwies, kämpften die Arbeiter Englands um diese Rechte, und Marx und Engels stellten sich auf ihre Seite.

Seitdem hat die Arbeiterklasse ganz Europas in zahlreichen, oft blutigen Kämpfen ein Stück Demokratie nach dem andern erobert. Und im Ringen um Gewinnung, Behauptung, Erweiterung der Demokratie sowie in steter Ausnützung jedes bißchens Demokratie zur Organisation, zur Propaganda, zur Erzwingung sozialer Reformen hat das Proletariat von Jahr zu Jahr an Reife gewonnen, ist es aus der am tiefsten stehenden zur höchststehenden Schicht der Volksmassen geworden.

Hat es dadurch schon die Reife erlangt, die der Sozialismus erheischt? Und sind auch dessen sonstige Bedingungen schon gegeben? Diese Frage wird heute sehr umstritten, von den einen ebenso entschieden bejaht, wie von den anderen verneint. Beides erscheint mir etwas voreilig. Die Reife zum Sozialismus ist nicht etwas, was sich statistisch feststellen und berechnen läßt, ehe wir so weit sind, praktisch die Probe aufs Exempel zu machen. Auf jeden Fall tut man unrecht, bei der Erörterung der Frage die materiellen Vorbedingungen des Sozialismus zu sehr in den Vordergrund zu schieben, wie das so häufig geschieht. Gewiß, ohne eine gewisse Höhe des Großbetriebs ist kein Sozialismus möglich, aber wenn man behauptet, der Sozialismus werde erst dann durchführbar, wenn der Kapitalismus nicht mehr imstande sei, sich weiter zu entwickeln, so fehlt jeder Beweis dafür, warum dem so sein muß. Richtig ist nur, daß der Sozialismus um so leichter durchführbar wird, je mehr der Großbetrieb entwickelt ist, also je weniger Betriebe gesellschaftlich zu organisieren sind. Doch gilt das nur für das Problem vom Standpunkt eines bestimmten Staates

aus gesehen. Der Vereinfachung des Problems in diesem Rahmen wirkt jedoch entgegen, daß mit dem Wachstum des Großbetriebs das Wachstum seines Marktes, die Zunahme der internation Arbeitsteilung und des internationalen Verkehrs und damit stete Erweiterung und Komplizierung des Problems der gesellschaftlichen Organisierung der Produktion Hand in Hand geht. Es liegt indes kein Grund vor, anzunehmen, daß in den modernen Industriestaaten mit ihrem Bankwesen und ihren Unternehmerorganisationen eine Organisierung des größten Teils der Produktion von Gesellschafts-wegen durch Staat, Gemeinde, Konsumgenossenschaften nicht heute schon möglich sein sollte.

Entscheidend ist nicht mehr der materielle, sondern der persönliche Faktor: Ist das Proletariat stark und intelligent genug, diese gesellschaftliche Regelung selbst in die Hand zu nehmen? Das heißt, besitzt es die Kraft und die Fähigkeit, die Demokratie aus der Politik in die Ökonomie zu übertragen? Das läßt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen, das ist auch ein Faktor, der in verschiedenen Staaten sehr verschieden entwickelt ist und der im gleichen Lande zu verschiedenen Zeiten sehr schwanken kann. Denn ausreichende Kraft und Fähigkeit sind relative Begriffe. Dasselbe Ausmaß von Kraft kann heute unzureichend sein, wenn die Gegner stark sind, und morgen völlig ausreichen, wenn diese einen moralischen oder ökonomischen oder militärischen Zusammenbruch erleiden.

Und ebenso kann dasselbe Ausmaß von Fähigkeiten heute versagen, wenn man in einer höchst verwickelten Situation ans Ruder kommt, und es kann morgen allen Anforderungen gewachsen sein, wenn inzwischen klarere, einfachere oder materiell besser fundierte Verhältnisse eingetreten sind. Nur die Praxis kann in jedem Fall zeigen, ob das Proletariat schon wirklich reif ist zum Sozialismus. Mit Bestimmtheit läßt sich nur folgendes sagen: Das Proletariat nimmt unaufhörlich zu an Zahl, Kraft und Intelligenz, es nähert sich immer mehr dem Zeitpunkt seiner Reife. Wohl läßt sich nicht von vornherein ermessen, wann dieser Zeitpunkt erreicht ist. Es läßt sich nicht bestimmt sagen, er sei schon da, wenn das Proletariat die Mehrheit im Volke bildet und dieses in seiner Mehrheit den Willen zum Sozialismus bekundet. Dagegen kann man allerdings mit Bestimmtheit annehmen, ein Volk sei zum Sozialismus noch nicht reif, solange die Mehrheit der Volksmasse dem Sozialismus feindlich gegenübersteht, von ihm nichts wissen will.

So ist es auch hier wieder die Demokratie, die nicht nur die Reife des Proletariats am ehesten herbeiführt, sondern auch am ehesten erkennen läßt, wann sie eingetreten ist.

Die Wirkungen der Demokratie.

Der moderne Staat ist ein stramm zentralisierter Organismus, eine Organisation, die die größte Macht innerhalb der modernen Gesellschaft bildet und das Schicksal jedes einzelnen in der eingreifendsten Weise beeinflußt, was am riesenhaftesten zutage tritt im Falle eines Krieges. Da bekommt jeder zu fühlen, wie sehr seine Existenz von der Politik der Staatsgewalt bestimmt wird.

Was ehedem für den einzelnen die Gentilgenossenschaft, dann die Gemeinde gewesen, das wird nun der Staat. Waren aber jene Gemeinschaften in ihrer Anlage demokratisch organisiert, so erhebt sich dagegen die moderne Staatsgewalt, Bürokratie und Armee, über der Bevölkerung, ja sie gewinnt solche Kraft, daß sie zeitweise sogar über die gesellschaftlich und ökonomisch herrschenden Klassen politisch hinauswächst und eine absolute Regierung zu bilden vermag.

Doch dieser Zustand dauert nirgends an. Die absolute Herrschaft der Bürokratie führt zu ihrer Verknöcherung und zum Versinken in endlosen zeitraubenden Formalismus. Und das gerade in der Zeit, in der der industrielle Kapitalismus erwächst, die revolutionärste Produktionsweise, die es gibt, die alle ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen einem steten Wechsel unterwirft, dem Geschäftsleben ein rasches Tempo verleiht und rascheste Entschlüsse heischt.

Dabei führt die absolute Herrschaft der Bürokratie zur Willkür und Bestechlichkeit; ein System gesellschaftlicher Produktion wie das kapitalistische, in dem jeder Produzent von zahlreichen anderen abhängig ist, bedarf aber zu seinem Gedeihen der Sicherheit und der Gesetzlichkeit der gesellschaftlichen Beziehungen.

Der absolute Staat geriet daher in immer größeren Widerspruch mit den Produktionsbedingungen, wurde eine Fessel für sie. Es wurde dringend notwendig, die Organe der Staatsgewalt der öffentlichen Kritik zu unterwerfen, neben die staatliche Organisation freie Organisationen der Staatsbürger zu setzen, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen herzustellen, dem bürokratischen

Apparat die Macht der Gesetzgebung zu nehmen und ihn der Kontrolle einer von der Bevölkerung freigewählten zentralen Versammlung, eines Parlaments zu unterwerfen.

Die Kontrolle der Regierung ist die wichtigste Aufgabe des Parlaments, darin ist es durch keine andere Institution ersetzbar. Es ist denkbar, wenn auch praktisch kaum möglich, der Bürokratie die Gesetzgebung in der Weise aus der Hand zu nehmen, daß die Gesetze durch Kommissionen von Fachleuten ausgearbeitet und dann dem Volke zur Entscheidung vorgelegt werden. Aber auch die eingefleischtesten Verfechter der direkten Gesetzgebung durchs Volk sprechen nicht von einer direkten Kontrolle der Regierung durch das Volk. Die Tätigkeit der den Staatsorganismus leitenden zentralen Körperschaft kann nur durch eine andere zentrale Organisation überwacht werden, nicht durch eine unorganisierte formlose Masse wie das Volk.

Die hier dargelegten Bestrebungen zur Überwindung der absoluten Macht der Staatsgewalt sind allen Klassen eines modernen Staates eigen, mit Ausnahme derjenigen, die an dieser Macht teilhaben. Also allen, mit Ausnahme der Bürokraten, Offiziere, des Hofadels und der Hofkirche, sowie der großen Bankiers, die mit dem Staate lukrative Geldgeschäfte machen. Vor dem vereinten Drängen der anderen Klassen, darunter auch des Landadels, der niederen Geistlichkeit, der industriellen Kapitalisten, mußte das absolute Regime weichen. Es mußte mehr oder weniger Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit und ein Parlament gewähren. Diese Entwicklung hat sich in allen Staaten Europas siegreich durchgesetzt.

Aber dabei wollte jede Klasse der neuen Staatsform eine Gestaltung geben, die ihren besonderen Interessen am meisten zustatten kam. Dieses Streben trat besonders zutage in den Kämpfen um die Gestaltung des Parlaments, das heißt in den Kämpfen ums Wahlrecht.

Die Parole der unteren Klassen, des „Volkes", wurde das allgemeine Wahlrecht. Nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinbauern und Kleinbürger haben ein Interesse an diesem Wahlrecht. Diese Klassen zusammen bilden überall unter allen Umständen die große Mehrheit der Bevölkerung. Ob die Proletarier in ihr überwiegen, hängt von der Höhe der ökonomischen Entwicklung ab. Keineswegs aber hängt es von dieser ab, ob in der Bevölkerung die arbeitenden Klassen überhaupt überwiegen. Die Ausbeuter bildeten stets nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung.

Dem Ansturm dieser Massen kann sich auf die Dauer kein modernes Staatswesen entziehen, dazu kommt, daß jedes andere Wahlrecht als das allgemeine in der heutigen Gesellschaft zu Absurditäten führt. In der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem steten Wechsel der Verhältnisse können die Klassen nicht zu festgefügten Ständen erstarren. Alle sozialen Verhältnisse sind in stetem Fluß. Ein ständisches Wahlrecht wird schon dadurch ausgeschlossen. Eine Klasse aber, die nicht als Stand organisiert wird, bildet eine formlose, fließende Masse, die genau abzugrenzen ganz unmöglich ist. Eine Klasse ist eine ökonomische Kategorie, keine juristische, die Klassenzugehörigkeit selbst eine stets wechselnde. Gar mancher Kleinhandwerker, der bei vorherrschendem Kleinbetrieb sich als Besitzender fühlen wird, empfindet sich bei vorherrschendem Großbetrieb als Proletarier, wird zu einem wirklichen Proletarier, wenn ihn auch die Statistik zu den besitzenden und selbständigen Unternehmern zählen mag. Es gibt auch kein Zensuswahlrecht, das den Besitzenden ein dauerndes Monopol auf das Parlament verleihen würde. Jede Periode der Geldentwertung kann es über den Haufen werfen. Ein Bildungszensus endlich wird immer mehr gegenstandslos durch die Fortschritte der Volksbildung.

So wirken die verschiedensten Faktoren zusammen, um das allgemeine, gleiche Wahlrecht als das einzige rationelle in der heutigen Gesellschaft erscheinen und es immer mehr vordringen zu lassen.

Vor allem ist es das einzig rationelle vom Standpunkt des Proletariats als unterster Klasse der Bevölkerung, dessen wirksamste Waffe seine Zahl ist, das sich erst dann befreien kann, wenn es auch zur zahlreichsten Klasse der Bevölkerung geworden ist, wenn die kapitalistische Gesellschaft soweit entwickelt ist, daß nicht mehr Bauern und Kleinbürger in den arbeitenden Klassen überwiegen.

Aber das Proletariat hat auch ein Interesse daran, daß das Wahlrecht nicht nur ein allgemeines und gleiches, sondern ein unterschiedsloses ist, daß nicht etwa Frauen und Männer oder Lohnarbeiter und Besitzende in verschiedenen Kurien wählen. Jede derartige Teilung bringt nicht bloß die Gefahr mit sich, daß einzelne Schichten, die ihrer ganzen sozialen Lage nach zum Proletariat gehören, aber formell keine Lohnarbeiter sind, von ihm abgetrennt werden, sie erzeugt auch die noch viel größere Gefahr, den Sinn des Proletariats zu verengern. Seine große historische Aufgabe entspringt daraus, daß das gesellschaftliche Gesamtinteresse zusammenfällt mit seinem dauernden Klassen-

interesse, was nicht immer gleichbedeutend ist mit seinen augenblicklichen Sonderinteressen.

Es gehört zur Reife des Proletariats, daß sein Klassenbewußtsein auf die höchste Stufe erhoben ist durch sein Verständnis der großen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Ziele, ein Verständnis, das nur der wissenschaftliche Sozialismus zu völliger Klarheit bringt, das aber nicht nur durch seine Theorie, sondern auch durch seine Praxis gefördert und verbreitet wird, wenn der Proletarier in die Politik mit dem Hinblick auf die Gesamtheit eingreift und nicht bloß im Hinblick auf seine besonderen Interessen. Jede Beschränkung auf die beruflichen Interessen verengert den Sinn; dies bildet eine der Schattenseiten des Nurgewerkschaftertums, hier liegt die Überlegenheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Hier liegt auch die Überlegenheit eines unterschiedslosen gegenüber einem Wahlrecht, das die Wähler nach Kategorien einteilt. Ein solches Kategorienwahlrecht bildet auch die Einschachtelung der Wähler in die besonderen Kategorien von Arbeitern, Soldaten, Bauern, von denen jede ihre besonderen „Räte" wählte.

In den Kämpfen um die hier erwähnten politischen Rechte ersteht die moderne Demokratie, reift das Proletariat. Damit ersteht aber auch ein neuer Faktor: der Schutz der Minoritäten, der Opposition im Staate. Die Demokratie bedeutet Herrschaft der Majorität. Sie bedeutet aber nicht minder Schutz der Minderheit.

Die absolute Herrschaft der Bürokratie richtet sich auf ewige Dauer ein. Die gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition ist ihr Lebensprinzip. Fast überall konnte sie nur dadurch beseitigt werden, daß ihre Gewalt gewaltsam gebrochen wurde.

Anders steht es in der Demokratie. Sie bedeutet, wie schon gesagt, Herrschaft der Majorität. Aber Majoritäten wechseln. In der Demokratie kann sich kein Regime auf ständige Dauer einrichten.

Schon die Machtverhältnisse der Klassen sind nicht etwas Beständiges, am allerwenigsten im kapitalistischen Zeitalter. Aber noch rascher als die Macht der Klassen wechselt die Macht der Parteien. Und diese sind es, die in der Demokratie um die Herrschaft ringen.

Auch hier darf man nicht vergessen, was so oft geschieht, daß die Vereinfachungen der Abstraktion der Theorie wohl unentrbehrlich sind, die Wirklichkeit klar erkennen zu lassen, daß sie abenur „in letzter Linie" gelten und zwischen ihnen und der Wirklichkeit viele Zwischenglieder bestehen.

Eine Klasse kann herrschen, aber nicht regieren, denn eine Klasse ist eine formlose Masse, regieren kann jedoch nur eine Organisation. Die politischen Parteien sind es, die in der Demokratie regieren. Eine Partei ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Klasse, obwohl jede in erster Linie ein Klasseninteresse vertritt. Ein und dasselbe Klasseninteresse kann man in sehr verschiedener Weise vertreten durch verschiedene taktische Methoden. Je nach deren Verschiedenheit spalten sich die Vertreter desselben Klasseninteresses in verschiedene Parteien. Vor allem werden dabei entscheiden die Fragen nach der Stellung zu anderen Klassen und Parteien. Nur selten verfügt eine Klasse über soviel Kraft, daß sie allein den Staat beherrschen kann. Kommt eine Klasse ans Ruder und vermag sie sich aus eigener Kraft nicht zu behaupten, dann sucht sie daher einen Verbündeten. Sind für sie verschiedene Verbündete möglich, so werden in den Vertretern des herrschenden Klasseninteresses verschiedene Meinungen und Parteiungen entstehen.

So vertraten in England während des 18. Jahrhunderts Whigs und Tories das gleiche Grundbesitzerinteresse. Doch jene suchten es zu fördern durch Vereinigung mit den städtischen Bourgeois auf Kosten der Krone und ihrer Machtmittel, diese dagegen glaubten, das Königtum sei der stärkste Hort ihrer Interessen. Ebenso vertreten heute in England und auch anderswo Konservative und Liberale das gleiche kapitalistische Interesse. Doch die einen glauben, es werde am besten gewahrt im Bunde mit dem Grundbesitz durch gewaltsame Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die anderen fürchten von dieser Politik schlimme Konsequenzen und suchen die Arbeiterklasse durch kleine Konzessionen, vor allem auf Kosten des Grundbesitzes, ruhig zu erhalten.

Ähnlich wie mit den ökonomisch und sozial herrschenden Klassen und ihren Parteien geht es mit den aufstrebenden Klassen und ihren Parteien.

Partei und Klasse brauchen also nicht zusammenfallen. Eine Klasse kann sich in verschiedene Parteien spalten, eine Partei aus Angehörigen verschiedener Klassen bestehen. Eine Klasse kann herrschend bleiben und doch ein Wechsel der regierenden Partei eintreten, wenn die Mehrheit der herrschenden Klasse meint, die Methode der bisher regierenden Partei sei unzulänglich und die ihrer Konkurrentin zweckmäßiger.

Viel rascher als die Herrschaft der Klassen wechselt daher in einer Demokratie die Regierung der Parteien.

Keine ist unter diesen Umständen sicher, am Ruder zu bleiben, jede muß mit der Möglichkeit rechnen, zur Minorität zu werden, aber keine ist von vornherein durch die Natur des Staates — wenn er eine wirkliche Demokratie ist —verurteilt, es dauernd zu bleiben.

Aus diesen Verhältnissen erwächst in einer Demokratie ein Schutz der Minoritäten, der um so wirksamer wird und dem Wunsch jeder Partei, sich mit allen Mitteln an der Macht zu erhalten, um so erfolgreicher widersteht, je tiefer gewurzelt die Demokratie ist, je länger sie dauert und die politischen Sitten beeinflußt.

Welche Bedeutung der Schutz der Minoritäten für die Anfänge der sozialistischen Parteien hat, die überall als sehr kleine Minoritäten beginnen, und wie sehr er den Reifungsprozeß des Proletariats beeinflußt, ist klar. In seinen eigenen Reihen wird der Schutz der Minoritäten sehr wichtig. Jede neue Lehre, sei sie theoretischer, sei sie taktischer Natur, wird bei ihrem Aufkommen nur von Minderheiten vertreten. Unterdrückt man diese gewaltsam, statt mit ihnen zu diskutieren, so erspart sich die Mehrheit viel Mühe und Unbequemlichkeit. Sie kann auch unter Umständen manche überflüssige Arbeit dadurch sparen, denn nicht jede Lehre bedeutet deswegen, weil sie neu ist und nur von der Minderheit vertreten wird, auch schon einen Fortschritt. Das meiste von dem, was als neuer Gedanke auftritt, ist schon lange vorher geäußert und durch Diskussion oder Praxis als unhaltbar erkannt worden. Nur die Unwissenheit bringt den alten Kram immer wieder von neuem vor. Wieder andere Gedanken sind originell, aber dabei völlig verkehrt. Doch so wenige auch von neuen Gedanken und Ideen einen wirklichen Fortschritt darstellen mögen, so ist doch jede Weiterentwicklung nur durch neue Ideen möglich, die zunächst bloß als Ideen von Minderheiten auftreten. Jede Unterdrückung aller Ideen der Minderheiten in der Partei bedeutet daher eine Schädigung des proletarischen Klassenkampfes und eine Hemmung des Reifungsprozesses der Arbeiterklasse. Die Welt stellt uns immer wieder vor neue noch unbekannte Probleme, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht zu lösen sind.

So mühsam es auch sein mag, aus dem Wust vorgeschlagener Neuerungen das wirklich Wertvolle herauszulesen, es ist eine unerläßliche Arbeit, soll unsere Bewegung nicht versteinern und



immer mehr zur Höhe ihrer Aufgaben emporwachsen. Und was für die Partei gilt, gilt nicht minder für den Staat. Schutz der Minoritäten ist eine unerläßliche Bedingung der demokratischen Entwicklung, nicht minder wichtig, wie die Herrschaft der Majorität.

Noch ein Kennzeichen der Demokratie kommt hier in Betracht: die Form, die sie den politischen Kämpfen gibt. Ich habe darüber schon 1893 gehandelt in der „Neuen Zeit" in einem Artikel über „einen sozialdemokratischen Katechismus", ich habe meine Ausführungen dann wiederholt 1909 in meinem „Weg zur Macht". Einiges daraus sei hier wiederholt:

„Die Koalitionsfreiheit, die Preßfreiheit und das allgemeine Wahlrecht (unter Umständen auch die allgemeine Wehrpflicht) stellen nicht bloß Waffen dar, die das Proletariat der modernen Staaten vor den Klassen voraus hat, welche die revolutionären Kämpfe der Bourgeoisie ausfochten; diese Einrichtungen verbreiten auch über die Machtverhältnisse der einzelnen Parteien und Klassen und über den Geist, der sie beseelt, ein Licht, welches zur Zeit des Absolutismus fehlte. Damals tappten die herrschenden Klassen ebenso wie die revolutionären im Dunkeln herum. Da jede Äußerung einer Opposition unmöglich gemacht war, konnten weder die Regierungen noch die Revolutionäre ihre Kräfte kennen. Jede der beiden Parteien war ebenso der Gefahr ausgesetzt, sich zu überschätzen, solange sie sich nicht im Kampfe mit dem Gegner gemessen hatte, wie sich zu unterschätzen, sobald sie eine einzige Niederlage erlitten hatte, und dann die Flinte ins Korn zu werfen. Dies ist wohl einer der wichtigsten Gründe, warum in die Zeit der revolutionären Bourgeoisie so viel Putsche fallen, die mit einem Schlag niedergeworfen, so viele Regierungen, die mit einem Schlag gestürzt wurden, daher die Aufeinanderfolge von Revolution und Konter-Revolution.

Ganz anders heute, wenigstens in Ländern mit einigermaßen demokratischen Institutionen. Man hat diese Institutionen das Sicherheitsventil der Gesellschaft genannt. Wenn man damit sagen will, daß das Proletariat in einer Demokratie aufhört, revolutionär zu sein, daß es sich damit zufrieden gibt, seiner Entrüstung und seinen Leiden öffentlich Ausdruck zu geben, und daß es auf die politische und soziale Revolution verzichtet, dann ist diese Benennung falsch. Die Demokratie kann die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft nicht beseitigen, und deren notwendiges Endergebnis, den Umsturz dieser Gesellschaft, nicht aufhalten.

Aber eins kann sie: sie kann nicht die Revolution, aber sie kann manchen verfrühten, aussichtslosen Revolutionsversuch verhüten und manche revolutionäre Erhebung überflüssig machen. Sie verschafft Klarheit über die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen; sie beseitigt nicht deren Gegensätze und verschiebt nicht deren Endziele, aber sie wirkt dahin, die aufstrebenden Klassen zu hindern, daß sie sich jeweilen an die Lösung von Aufgaben machen, denen sie noch nicht gewachsen sind, und sie wirkt auch dahin, die herrschenden Klassen davon abzuhalten, Konzessionen zu verweigern, zu deren Verweigerung sie nicht mehr die Kraft haben. Die Richtung der Entwicklung wird dadurch nicht geändert, aber ihr Gang wird steter, ruhiger. Das Vordringen des Proletariats in den Staaten mit einigermaßen demokratischen Institutionen wird nicht durch so auffallende Siege bezeichnet, wie das der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit, aber auch nicht durch so große Niederlagen. Seit dem Erwachen der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den Sechzigerjahren hat das europäische Proletariat nur eine große Niederlage erlebt, in der Pariser Kommune 1871. Damals litt Frankreich noch an den Folgen des Kaiserreiches, das dem Volke wahrhaft demokratische Institutionen vorenthalten hatte, das französische Proletariat war erst zum geringsten Teil zum Selbstbewußtsein gelangt, und der Aufstand war ihm aufgezwungen worden.

Die demokratisch-proletarische Methode des Kampfes mag langweiliger erscheinen als die der Revolutionszeit der Bourgeoisie; sie ist sicher weniger dramatisch und effektvoll, aber sie erfordert auch weit weniger Opfer. Das mag einem schöngeistigen Literatentum sehr gleichgültig sein, das in Sozialismus macht, um einen interessanten Sport und interessante Stoffe zu finden, nicht aber jenen, die den Kampf wirklich zu führen haben.

Diese sogenannte friedliche Methode des Klassenkampfes, die sich auf die unmilitärischen Mittel, Parlamentarismus, Streiks, Demonstrationen, Presse und ähnliche Pressionsmittel beschränkt, hat in jedem Lande umsomehr Aussicht, beibehalten zu werden, je wirksamer dort die demokratischen Institutionen sind, je größer die politische und ökonomische Einsicht und die Selbstbeherrschung der Bevölkerung."

Aus diesen Gründen erwartete ich, daß die soziale Revolution des Proletariats ganz andere Formen annehmen werde, als die der Bourgeoisie, daß die proletarische Revolution im Gegensatz zur

bürgerlichen mit den „friedlichen" Mitteln ökonomischer, gesetzgebender und moralischer Art und nicht mit den Mitteln physischer Gewalt überall dort ausgefochten würde, wo die Demokratie sich eingewurzelt hat. („Weg zur Macht", S. 53.)

Und das ist heute noch meine Meinung.

Natürlich hat jede Einrichtung nicht bloß Lichtseiten, auch an der Demokratie kann man Schattenseiten entdecken.

Wo das Proletariat rechtlos ist, vermag es wohl keine Massenorganisationen zu entwickeln, in normalen Zeiten nicht Massenkämpfe zu führen; da vermag nur eine Elite todesmutiger Kämpfer in dauernde Opposition gegen das herrschende Regime zu treten. Aber diese Elite wird tagtäglich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ja förmlich auf sie draufgestoßen, dem gesamten System ein gründliches Ende zu bereiten. Unbeirrt durch kleine Ansprüche des politischen Alltags wird der Geist ausschließlich auf die größten Probleme hingelenkt und gelehrt, stets die gesamten sozialen und politischen Zusammenhänge in Betracht zu ziehen.

Nur eine kleine Schicht des Proletariats tritt da in den Kampf, aber sie ist erfüllt von höchstem theoretischen Interesse und von jener Begeisterung, die nur hohe Ziele erwecken.

Ganz anders wirkt die Demokratie auf den Proletarier, dem ja in der heutigen Produktionsweise nur wenige Stunden am Tage zu freier Verwendung zu Gebote stehen. Die Demokratie entwickelt Massenorganisationen mit massenhafter Verwaltungsarbeit; sie ruft die Staatsbürger auf zur Diskutierung und Erledigung zahlreicher Fragen des Alltags, oft der kleinlichsten Art. Immer mehr wird die ganze freie Zeit des Proletariers von der „Kleinarbeit" in Anspruch genommen, beschäftigen ihn immer mehr kleine Augenblickserfolge. Im engen Kreise aber verengert sich der Sinn. Verständnislosigkeit für die Theorie, ja schließlich deren Mißachtung, Opportunismus an Stelle großer Grundsätze nehmen da immer mehr überhand. Konnten daher Marx und Engels den theoretischen Sinn der deutschen Arbeiter gegenüber denen Westeuropas und Amerikas preisen, so würden sie heute die gleiche Überlegenheit an theoretischem Interesse bei den russischen Arbeitern gegenüber den deutschen finden.

Und dennoch kämpfen überall die klassenbewußten Proletarier und ihre Vertreter für die Erringung der Demokratie, haben viele von ihnen ihr Herzblut dafür geopfert.

Sie wissen eben, ohne die Demokratie geht es nicht. Die erhebenden Wirkungen des Kampfes gegen den Despotismus bleiben auf eine Elite beschränkt, ergreifen nicht die ganze Masse. Auf der anderen Seite aber darf man die verphilisternden Wirkungen der Demokratie auf den Proletarier nicht übertreiben. Einmal sind sie eine Folge des Mangels an freier Zeit, unter dem das Proletariat leidet, nicht der Demokratie an sich. Es wäre ja sonderbar, wenn der Besitz der Freiheit den Menschen notwendig kleinlicher und beschränkter machen müßte als die Unfreiheit. Je mehr die Demokratie dahin wirkt, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, desto größer ist der Betrag an freier Zeit, über die der Arbeiter verfügt, desto mehr vermag er von ihr neben der unerläßlichen Kleinarbeit der Beschäftigung größeren umfassenderen Problemen zu widmen.

Und die Anregung dazu bleibt nicht aus. Denn was immer die Demokratie leisten kann, die Gegensätze, die aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, vermag sie allein nicht zu bewältigen, solange sie diese Produktionsweise nicht überwindet. Im Gegenteil, die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft wachsen, erzeugen immer wieder große Konflikte, stellen die Proletarier immer wieder vor große Probleme, die ihren Geist über den Alltag erheben. In der Demokratie bleibt diese Erhebung aber dann nicht mehr die bloße Erhebung einer Elite, sondern sie wird zu einer Erhebung der Volksmasse selbst, die sich gleichzeitig in alltäglicher Praxis zur Selbstverwaltung geschult hat.

Die Diktatur.

Die Demokratie bildet die unerläßliche Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Produktionsweise. Und nur unter den Wirkungen der Demokratie erlangt das Proletariat jene Reife, derer es bedarf, um den Sozialismus durchführen zu können. Die Demokratie endlich bietet den sichersten Gradmesser für seine Reife. Zwischen beiden Stadien, der Vorbereitung für den Sozialismus und dem durchgeführten Sozialismus, die beide der Demokratie bedürfen, steht jedoch ein drittes Stadium, steht das des Überganges, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert, den Sozialismus aber ökonomisch noch nicht durchgeführt hat. In diesem Zwischenstadium soll die Demokratie nicht nur nicht notwendig, sondern schädlich sein.

Diese Auffassung ist nicht neu. Wir haben sie schon als die Weitlings kennengelernt. Aber sie stützt sich auf ein Wort von Karl Marx. In seinem Brief zur Kritik des Gothaer Parteiprogramms, den er im Mai 1875 schrieb (abgedruckt in der „Neuen Zeit", IX. I., S. 502 ff.), heißt es (S. 573):

> „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Marx hat es leider unterlassen, näher anzuführen, wie er sich diese Diktatur vorstellt. Buchstäblich genommen bedeutet das Wort die Aufhebung der Demokratie. Aber freilich buchstäblich genommen bedeutet es auch die Alleinherrschaft eines Einzelnen, der an keinerlei Gesetze gebunden ist. Eine Alleinherrschaft, die sich von einem Despotismus dadurch unterscheidet, daß sie nicht als ständige Staatseinrichtung, sondern als eine vorübergehende Notstandsmaßregel gedacht ist.

Der Ausdruck „Diktatur des Proletariats", also Diktatur nicht eines Einzelnen, sondern einer Klasse, schließt bereits aus, daß Marx hierbei an eine Diktatur im buchstäblichen Sinne des Ausdrucks gedacht hat.

Er sprach hier nicht von einer Regierungsform, sondern einem Zustande, der notwendigerweise überall eintreten müsse, wo das Proletariat die politische Macht erobert hat. Daß er hier keine Regierungsform im Auge hatte, wird schon dadurch bezeugt, daß er der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen.

Wohl sichert die Demokratie noch nicht den friedlichen Übergang. Sicher aber ist dieser ohne Demokratie nicht möglich.

Doch um zu erfahren, was Marx über die Diktatur des Proletariats dachte, dazu brauchen wir gar kein Rätselraten. Wenn Marx 1875 nicht mehr ausführte, was er unter der Diktatur des Proletariats verstehe, so geschah es wohl deshalb, weil er sich wenige Jahre vorher in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich" (1871) darüber geäußert hatte. Dort erklärte er:

> „Die Kommune war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die

aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte."

Also die Pariser Kommune war, wie das Engels in seiner Einleitung zur dritten Auflage der Marxschen Schrift ausdrücklich feststellt, „die Diktatur des Proletariats".

Sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung, auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden.

> „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten . . . . Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter usw. auszusuchen usw." (S. 46, 47.)

Immer wieder spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Wahlrecht einer besonderen privilegierten Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der reinen Demokratie notwendig hervorgeht.

Im gleichen Sinne erklärte Friedrich Engels in seinem schon zitierten Artikel von 1891 über den sozialdemokratischen Programmentwurf:

> „Die demokratische Republik ist die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats." (S. 11.)

Auf Marx und Engels dürfen sich also diejenigen nicht berufen, die für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie eintreten. Natürlich ist damit noch nicht bewiesen, daß sie unrecht haben. Nur müssen sie sich nach anderen Beweisgründen umsehen.

Bei Untersuchung der Frage muß man sich hüten, die Diktatur als Zustand mit der Diktatur als Regierungsform zu verwechseln. Nur das Anstreben der letzteren ist eine strittige Frage in unseren Reihen. Die Diktatur als Regierungsform ist gleichbedeutend mit der Entrechtung der Opposition. Ihr wird das Wahlrecht genommen, die Preß- und Vereinsfreiheit. Die Frage ist die, ob das siegreiche Proletariat dieser Maßregel bedarf, ob mit ihrer Hilfe am besten oder gar nur durch sie der Sozialismus erreichbar ist.

Da ist zunächst zu bemerken, daß wir, wenn wir von der Diktatur als Regierungsform sprechen, nicht von der Diktatur einer Klasse sprechen können. Denn eine Klasse kann, wie wir schon bemerkten, nur herrschen, nicht regieren. Will man unter der Diktatur also nicht einen bloßen Zustand der Herrschaft verstehen, sondern eine bestimmte Regierungsform, dann darf man nur von der Diktatur entweder eines einzelnen oder einer Organisation sprechen, also nicht vom Proletariat, sondern von einer proletarischen Partei. Da kompliziert sich aber sofort das Problem, sobald das Proletariat selbst in verschiedene Parteien zerfällt. Die Diktatur einer dieser Parteien ist dann keineswegs mehr die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur eines Teils des Proletariats über einen anderen Teil. Die Situation kompliziert sich noch mehr, wenn die sozialistischen Parteien gespalten sind wegen ihrer Haltung gegenüber nichtproletarischen Schichten, wenn etwa die eine Partei ans Ruder kommt durch ein Bündnis zwischen städtischen Proletariern und Bauern. Dann wird die Diktatur des Proletariats nicht bloß zu einer Diktatur von Proletariern über Proletarier, sondern auch von Proletariern und Bauern über Proletarier. Die Diktatur des Proletariats nimmt da recht sonderbare Formen an.

Aus welchen Gründen soll nun die Herrschaft des Proletariats eine Form annehmen und annehmen müssen, die unvereinbar ist mit der Demokratie? Wer sich auf das Marxsche Wort von der Diktatur des Proletariats beruft, darf nicht vergessen, daß dabei nicht von einem Zustand die Rede ist, der unter besonderen Umständen eintreten kann, sondern von einem, der unter allen Umständen eintreten muß.

Nun darf man wohl annehmen, daß das Proletariat in der Regel nur dort zur Herrschaft kommen wird, wo es die Mehrheit der Bevölkerung darstellt oder doch wenigstens hinter sich hat. Die Waffe des Proletariats in seinen politischen Kämpfen ist neben seiner ökonomischen Unentbehrlichkeit seine Massenhaftigkeit. Nur dort, wo es die Massen, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, darf es erwarten, über die Machtmittel der herrschenden Klassen zu obsiegen. Das nahmen auch Marx und Engels an. Darum erklärten sie im Kommunistischen Manifest:

> „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten, aber im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl."

Das trat auch zu für die Pariser Kommune. Die erste Sache des neuen revolutionären Regimes war die Befragung des allgemeinen Stimmrechts. Die Wahl, in größter Freiheit vorgenommen, ergab fast in allen Bezirken von Paris starke Majoritäten für die Kommune. Es wurden 65 Revolutionäre gewählt gegen 21 Oppositionelle, davon 15 direkte Reaktionäre und 6 radikale Republikaner gambettistischer Art. Unter den 65 Revolutionären waren alle damaligen Richtungen des französischen Sozialismus vertreten. So sehr sie sich bekämpften, sie übten keine Diktatur gegeneinander aus.

Ein Regime, das so sehr in den Massen wurzelt, hat nicht die mindeste Veranlassung, die Demokratie anzutasten. Es wird sich nicht immer von Gewalttätigkeiten freihalten können, in Fällen, wo Gewalttat geübt wird, um die Demokratie zu unterdrücken. Der Gewalt kann man nur mit Gewalt begegnen.

Aber ein Regime, das die Massen hinter sich weiß, wird die Gewalt nur anwenden, um die Demokratie zu schützen, und nicht, um sie aufzuheben. Es würde geradezu Selbstmord üben, wollte es seine sicherste Grundlage beseitigen, das allgemeine Stimmrecht, eine starke Quelle gewaltiger moralischer Autorität.

Die Diktatur als Aufhebung der Demokratie konnte also nur in Ausnahmefällen in Frage kommen, wenn ein außerordentliches Zusammentreffen günstiger Umstände es einer proletarischen Partei gestattet, die politische Macht an sich zu reißen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung nicht für sich oder gar entschieden gegen sich hat.

In einem Volke, das seit Jahrzehnten politisch geschult ist und in dem Parteien feste Gestalt angenommen haben, ist ein derartiger Zufallssieg schwer möglich. Er allein deutet schon auf recht rückständige Verhältnisse hin. Wenn sich in einem solchen Falle das allgemeine Stimmrecht gegen die sozialistische Regierung ausspricht: soll diese nun das tun, was wir bisher von jeder Regierung verlangt haben, sich dem Ausspruch des Volkes beugen, mit dem festen Willen, auf der Grundlage der Demokratie den Kampf um die Staatsmacht weiterzuführen, oder soll sie, um sich zu behaupten, die Demokratie umstoßen?

Wodurch kann eine Diktatur sich gegen den Willen der Volksmehrheit am Ruder erhalten?

Zwei Wege kommen für sie in Betracht: der des Jesuitismus oder der des Bonapartismus.

Wir haben schon auf den Jesuitenstaat in Paraguay hingewiesen. Das Mittel, wodurch die Jesuiten dort ihre Diktatur behaupteten, war ihre kolossale geistige Überlegenheit über die von ihnen organisierten Ureinwohner, die ohne sie völlig hilflos waren.

Kann in einem europäischen Staat eine sozialistische Partei eine derartige Überlegenheit erlangen? Das ist völlig ausgeschlossen. Wohl wächst das Proletariat geistig in seinem Klassenkampf über die anderen arbeitenden Klassen, Kleinbürger und Kleinbauern empor, aber nicht ohne daß auch diese gleichzeitig an politischem Interesse und Verständnis zunehmen. Der Abstand zwischen diesen verschiedenen Klassen wird nie ein überwältigender.

Neben den Klassen der Handarbeit wächst aber auch eine Schicht von Intellektuellen, die immer zahlreicher wird, immer unentbehrlicher für den Produktionsprozeß, deren Beruf in der Erwerbung von Wissen, in der Übung und Entwicklung von Intelligenz besteht.

Diese Schicht nimmt eine Mittelstellung zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse ein, sie ist nicht direkt am Kapitalismus interessiert, steht jedoch dem Proletariat mißtrauisch gegenüber, so lange sie es nicht für reif hält, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Selbst solche Mitglieder der gebildeten Klassen, die für die Befreiung des Proletariats aufs wärmste eintreten, wie zum Beispiel die utopischen Sozialisten, verhalten sich in den Anfängen des Klassenkampfes ablehnend zur Arbeiterbewegung. Das ändert sich erst, wenn das Proletariat in seinem Kampfe wachsende Reife bekundet. Das Zutrauen, das die für den Sozialismus eintretenden Intellektuellen zum Proletariat gewinnen, ist nicht zu verwechseln mit dem Zutrauen, das seit dem 4. August 1914 die Liberalen und Zentrumsleute, ja die Regierungen selbst in Deutschland zu den Regierungssozialisten gewonnen haben. Das Vertrauen ersterer Art entspringt der Überzeugung, daß das Proletariat die Kraft und Fähigkeit erlangt habe, sich selbst zu befreien. Das Vertrauen der zweiten Art kam auf mit der Erwartung, die betreffenden Sozialisten nähmen den Befreiungskampf des Proletariats nicht mehr ernst.

Ganz ohne oder gar gegen die Intellektuellen ist eine sozialistische Produktion nicht einzurichten. Unter Verhältnissen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung einer proletarischen Partei mißtrauisch oder ablehnend gegenübersteht, wird das gleiche erst recht von der Masse der Intellektuellen gelten. Da wird die siegreiche prole-

tarische Partei dem Rest der Bevölkerung nicht nur nicht intellektuell weit überlegen sein, sie wird darin sogar hinter ihren Gegnern zurückstehen, auch wenn in sozialen Dingen im allgemeinen ihr theoretischer Standpunkt ein höherer sein sollte.

Der Weg von Paraguay ist also in Europa nicht gangbar. So bleibt nur der andere Weg übrig, den Napoleon I. am 18. Brumaire 1799 und sein Neffe, der dritte Napoleon am 2. Dezember 1852 einschlugen: der des Regierens mit Hilfe der Überlegenheit einer zentralisierten Organisation über die unorganisierte Volksmasse und der Überlegenheit militärischer Gewalt, die daher rührt, daß der bewaffneten Macht der Regierung entweder nur eine waffenlose oder eine des Kampfes der Waffen müde Volksmasse gegenübersteht.

Kann auf dieser Grundlage eine sozialistische Produktionsweise aufgebaut werden? Diese Produktionsweise bedeutet die Organisierung der Produktion durch die Gesellschaft. Sie erheischt die ökonomische Selbstverwaltung durch die ganze Volksmasse. Staatliche Organisierung der Produktion durch eine Bürokratie oder durch die Diktatur einer einzelnen Volksschicht bedeutet nicht Sozialismus. Er bedarf organisatorischer Schulung breiter Volksmassen, setzt zahlreiche freie Organisationen ökonomischer wie politischer Art voraus und bedarf vollster Organisationsfreiheit. Die sozialistische Organisation der Arbeit soll keine Kasernenorganisation sein.

Die Diktatur einer Minderheit, die dem Volke vollste Organisationsfreiheit gewähren wollte, würde damit ihre eigene Macht untergraben. Suchte sie sich dagegen zu behaupten durch Unterbindung dieser Freiheit, dann hemmte sie die Entwicklung zum Sozialismus, statt sie zu fördern.

Ihre kraftvollste Stütze findet die Diktatur einer Minderheit stets in einer ergebenen Armee. Aber je mehr sie die Gewalt der Waffen an Stelle der Majorität setzt, desto mehr drängt sie auch jede Opposition dahin, ihr Heil im Appell an die Bajonette und Fäuste zu suchen, statt im Appell an die Wahlstimmen, der ihr versagt ist; dann wird der Bürgerkrieg die Form der Austragung politischer und sozialer Gegensätze. Wo nicht vollständige politische und soziale Apathie oder Mutlosigkeit herrscht, wird die Diktatur einer Minderheit stets von gewaltsamen Putschen oder einem ständigen Guerillakrieg bedroht, die leicht zu langwierigen bewaffneten Erhebungen größerer Massen anwachsen, deren Bekämpfung alle militärischen Kräfte der Diktatur in Anspruch nimmt. Diese kommt dann aus dem Bürgerkrieg nicht mehr heraus, ist in steter Gefahr, durch ihn gestürzt zu werden.

Für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gibt es gar kein größeres Hindernis wie den inneren Krieg. In dem heutigen Stadium weitgehender geographischer Arbeitsteilung ist der industrielle Großbetrieb überall auf das stärkste abhängig von der Sicherheit des Verkehrs sowie von der Sicherheit der Verträge. Schon ein äußerer Krieg würde den sozialistischen Aufbau aufs äußerste stören, selbst dann, wenn der Feind nicht ins Land eindränge. Mit Recht haben die russischen Sozialisten aller Richtungen in der jetzigen russischen Revolution die Notwendigkeit des Friedens für den gesellschaftlichen Wiederaufbau betont. Noch weit verderblicher für die gesellschaftliche Wirtschaft als ein äußerer Krieg wird ein Bürgerkrieg, der sich notwendigerweise im Innern des Landes abspielt und der es ebenso verwüstet und lahmlegt wie eine feindliche Invasion, der dabei jedoch viel grausamer ist.

Im Kampf der Staaten gegeneinander handelt es sich in der Regel nur um einen Gewinn oder eine Einbuße von Macht der einen oder der anderen Regierung, nicht gleich um deren ganze Existenz. Nach dem Krieg aber wollen und sollen die verschiedenen kriegführenden Regierungen und Völker in Frieden, wenn auch nicht immer in Freundschaft leben.

Ganz anders stehen die Parteien im Bürgerkrieg zueinander. Die führen nicht den Krieg, um der Gegenseite einige Konzessionen zu entreißen, und dann mit ihr in Frieden zu leben. Und im Bürgerkrieg geht es auch nicht so zu wie in der Demokratie, in der die Minderheiten geschützt sind, so daß jede Partei, die in die Minderheit gerät und auf die Regierung verzichten muß, damit keineswegs auf ihre politische Tätigkeit verzichtet oder diese auch nur einzuschränken braucht; und in der jeder Partei, die in die Minderheit gerät, stets das Recht bleibt, nach der Mehrheit zu trachten und sich dadurch der Regierung zu bemächtigen.

Im Bürgerkrieg kämpft jede Partei um ihre Existenz, droht dem Unterliegenden völlige Vernichtung. Dieses Bewußtsein macht Bürgerkriege leicht so grausam. Namentlich eine Minderheit, die sich nur durch militärische Macht am Ruder erhält, neigt dazu, ihre Gegner in blutigster Weise niederzuhalten und sie in wilder Schlächterei zu dezimieren, wenn sie in einem Aufstande bedroht wurde und es ihr gelang, ihn niederzuschlagen. Die Pariser Juni-

tage von 1848 und die blutige Maiwoche von 1871 haben das mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt.

Ein System chronischen Bürgerkrieges ebenso wie seine Alternative unter der Diktatur, die völlige Apathie und Mutlosigkeit der Massen macht den Aufbau eines sozialistischen Produktionssystems so gut wie unmöglich. Und da sollte die Diktatur einer Minderheit, die den Bürgerkrieg oder die Apathie naturnotwendig erzeugt, das souveräne Mittel sein, den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu bewirken!

Mancher verwechselt den Bürgerkrieg mit der sozialen Revolution, hält ihn für deren Form und ist geneigt, die im Bürgerkrieg unvermeidlichen Gewalttätigkeiten damit zu entschuldigen, daß ohne solche eine Revolution nicht möglich sei. Es sei immer so gewesen in jeder Revolution und werde immer so sein.

Indes gerade wir Sozialdemokraten sind nicht der Meinung, daß das, was immer so gewesen ist, nun auch immer so sein müsse. Unsere Bilder von der Revolution haben wir uns geformt nach den Beispielen der bisherigen bürgerlichen Revolutionen. Die proletarische Revolution wird sich unter ganz anderen Bedingungen vollziehen als jene.

Die bürgerlichen Revolutionen brachen aus in Staaten, in denen ein Despotismus, gestützt auf ein vom Volke getrenntes Heer, alle freien Regungen unterdrückte, wo es keine Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Vereine, kein allgemeines Wahlrecht gab, wahrhafte Volksvertretungen nicht bestanden. Da nahm der Kampf gegen die Regierung notwendig die Form des Bürgerkrieges an. Das heutige Proletariat kommt, wenigstens in Westeuropa, zur politischen Macht in Staaten, in denen seit Jahrzehnten die Demokratie, wenn auch nicht die „reine", so doch ein gewisses Ausmaß von Demokratie tiefe Wurzeln gefaßt hat, auch das Militär nicht mehr so ganz wie ehedem vom Volke losgelöst ist. Auf keinen Fall brauchen wir da anzunehmen, daß sich in Westeuropa die Vorgänge der großen französischen Revolution wiederholen werden. Wenn das heutige Rußland soviel Aehnlichkeit mit dem Frankreich von 1793 aufweist, so beweist das nur, wie nahe es dem Stadium der bürgerlichen Revolution steht.

Man muß unterscheiden zwischen der sozialen Revolution, der politischen Revolution und dem Bürgerkrieg.

Die soziale Revolution ist eine tiefgehende Umwandlung des ganzen gesellschaftlichen Gebäudes, herbeigeführt durch die

Begründung einer neuen Produktionsweise. Das ist ein langwieriger Prozeß, der jahrzehntelang andauern kann und für dessen Abschluß feste Grenzen nicht zu ziehen sind. Er wird um so mehr gelingen, je friedlicher die Formen, in denen er sich vollzieht. Innerer wie äußerer Krieg sind seine Todfeinde. Eingeleitet wird eine soziale Revolution in der Regel durch eine politische Revolution, durch eine plötzliche Verschiebung der Machtverhältnisse der Klassen im Staate, wodurch eine bisher von der politischen Macht ausgeschlossene Klasse sich des Regierungsapparates bemächtigt. Die politische Revolution ist ein plötzlicher Akt, der sich sehr rasch vollziehen und zu seinem Abschluß gelangen kann. Seine Formen hängen von der Form des Staates ab, in dem er sich vollzieht. Je mehr die Demokratie herrscht, nicht bloß formal, sondern tatsächlich in der Kraft der arbeitenden Massen verankert, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß die politische Revolution eine friedliche sein wird. Je mehr sich dagegen das bisher herrschende System nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt, sondern eine Minderheit darstellt, die sich nur durch militärische Machtmittel am Ruder hält, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß die politische Revolution die Form eines Bürgerkrieges annimmt.

Doch auch in letzterem Falle haben die Verfechter der sozialen Revolution ein dringendes Interesse daran, daß der Bürgerkrieg nur eine vorübergehende, rasch sich abspielende Episode bleibt, daß er nur dazu dient, die Demokratie herbeizuführen und zu befestigen, und daß ihrem Wirken die soziale Revolution übergeben wird, das heißt, daß diese augenblicklich nicht weiter geht, als die Mehrheit der Volksmasse zu gehen geneigt ist, weil darüber hinaus die soziale Revolution, so wünschenswert die sofortige Realisierung ihrer Endziele für weitersehende Geister wäre, nicht die nötigen Bedingungen fände, Dauerndes zu schaffen.

Aber hat nicht die Schreckensherrschaft der Proletarier und Kleinbürger von Paris, also die Diktatur einer Minderheit, in der großen französischen Revolution ungeheure Wirkungen von höchster historischer Bedeutung hervorgerufen?

Sicher. Doch welcher Art waren sie? Jene Diktatur war ein Kind des Krieges, den die verbündeten Monarchen Europas gegen das revolutionäre Frankreich führten. Diesen Ansturm siegreich abgeschlagen zu haben, das war die historische Leistung der Schreckensherrschaft. Sie bewies damit wieder einmal deutlich

die alte Wahrheit, daß die Diktatur besser imstande ist, Krieg zu führen als die Demokratie. Sie bewies aber keineswegs, daß die Diktatur die Methode des Proletariats ist, soziale Umgestaltungen in seinem Sinne durchzuführen und die politische Macht zu behaupten.

An Energie läßt sich die Schreckensherrschaft von 1793 nicht überbieten. Trotzdem gelang es den Pariser Proletariern nicht, sich dadurch an der Macht zu halten. Die Diktatur wurde eine Methode, durch die sich die verschiedenen Fraktionen der proletarischen und kleinbürgerlichen Politik untereinander bekämpften, und schließlich wurde sie die Methode, jeder proletarischen und kleinbürgerlichen Politik ein Ende zu machen.

Die Diktatur der unteren Schichten ebnet den Weg für die Diktatur des Säbels.

Wollte man nach dem Beispiel der bürgerlichen Revolutionen sagen, die Revolution sei gleichbedeutend mit Bürgerkrieg und Diktatur, dann müßte man auch die Konsequenz ziehen und sagen: die Revolution ende notwendigerweise in der Herrschaft eines Cromwell oder Napoleon.

Das ist aber keineswegs der notwendige Ausgang einer proletarischen Revolution, dort, wo das Proletariat die Mehrheit der Nation bildet und diese demokratisch organisiert ist. Und nur dort sind die Bedingungen sozialistischer Produktion gegeben.

Wir können unter der Diktatur des Proletariats nichts anderes verstehen, als seine Herrschaft auf der Grundlage der Demokratie.

Der Anschauungsunterricht.

Den hier erörterten Schädlichkeiten der diktatorischen Methode soll nun auch ein Vorzug gegenüberstehen: Sie liefere einen glänzenden Anschauungsunterricht.

Dieses Argument entspringt offenbar folgender Erwägung: In der Demokratie, in der die Mehrheit des Volkes herrscht, kann der Sozialismus erst zur Durchführung gelangen, wenn die Mehrheit für ihn gewonnen ist. Ein langer und mühseliger Weg. Weit schneller kommen wir zum Ziel, wenn eine energische, zielbewußte Minderheit sich der Staatsgewalt bemächtigt und sie zur Durchführung sozialistischer Maßnahmen benützt. Ihre Erfolge würden

sofort überzeugend wirken und die Mehrheit, die bisher widerstrebte, rasch zum Sozialismus bekehren.

Das klingt sehr bestechend und klang schon so im Munde des alten Weitling. Es hat nur den einen Fehler, daß es gerade das voraussetzt, was bewiesen werden soll. Die Gegner der diktatorischen Methode bestreiten eben, daß eine sozialistische Produktion von einer Minderheit ohne Mitwirkung der großen Volksmasse durchzuführen sei. Mißlingt aber der Versuch, so bietet er freilich auch einen Anschauungsunterricht, jedoch einen in entgegengesetzter Richtung, nicht einen anziehenden, sondern einen abschreckenden.

Leute, die sich durch einen solchen Unterricht bestimmen lassen und nicht durch ihr Erforschen und Prüfen der sozialen Zusammenhänge, die gedankenlosen Anbeter des bloßen Erfolges, werden bei einem Scheitern des Versuches nicht untersuchen, aus welchen Ursachen er nicht gelang. Sie werden nicht in der Ungunst oder der Unreife der Verhältnisse den Grund suchen, sondern im Sozialismus selbst, und werden schließen, er tauge überhaupt nichts.

Man sieht, der Anschauungsunterricht hat eine sehr brenzliche Seite.

Wie haben wir ihn uns vorzustellen?

Den Inhalt des Sozialismus können wir populär in die Worte zusammenfassen: Freiheit und Brot für alle. Das ist es, was die Massen von ihm erwarten, weshalb sie für ihn eintreten. Die Freiheit ist nicht minder wichtig wie das Brot. Auch wohlhabende, selbst reiche Klassen haben für ihre Freiheit gekämpft, sich nicht selten die schwersten Opfer an Gut und Blut für ihre Gesinnung auferlegt. Das Bedürfnis nach Freiheit, nach Selbstbestimmung liegt im Menschen ebenso von Natur aus, wie das nach Nahrung.

Bisher bot die Sozialdemokratie den Volksmassen den Anschauungsunterricht, daß sie der unentwegteste Verfechter der Freiheit aller Unterdrückten war, nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern auch der Frauen, der verfolgten Religionen und Rassen, der Juden, Neger und Chinesen usw. Durch diesen Anschauungsunterricht hat sie Anhänger geworben weit über den Kreis der Lohnarbeiter hinaus.

Nun soll, sobald die Sozialdemokratie zur Macht gelangt ist, dieser Anschauungsunterricht durch den entgegengesetzten verdrängt werden. Ihre ersten Taten sollen in der Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts und der Preßfreiheit bestehen, in der Entrechtung

breiter Volksmassen, denn darum, darauf muß immer wieder hingewiesen werden, handelt es sich bei der Ersetzung der Demokratie durch die Diktatur. Um den politischen Einfluß der oberen Zehntausend zu brechen, bedarf es nicht ihrer Ausschließung vom Wahlrecht. Diesen Einfluß üben sie nicht durch ihre persönliche Stimmenabgabe.

Alle die Kleinhändler, Handwerker, die mittleren und größeren Bauern, der größte Teil der Intellektuellen werden, sobald die Diktatur des Proletariats sie entrechtet, durch diese Art Anschauungsunterricht geradezu in Feinde des Sozialismus verwandelt, auch soweit sie es nicht von vornherein sind. Ebenso werden zu Feinden der proletarischen Diktatur alle jene, die dem Sozialismus aus dem Grunde anhingen, weil er für die Freiheit aller kämpfte.

Gewonnen werden kann dadurch niemand, der nicht schon bisher Sozialist war. Es können nur die Feinde des Sozialismus vermehrt werden.

Aber freilich, er verheißt ja nicht bloß Freiheit, sondern auch Brot. Das soll diejenigen versöhnen, denen die kommunistische Diktatur die Freiheit nimmt.

Es sind nicht die besten Massen, die für Brot und Spiele den Verlust der Freiheit verschmerzen. Aber zweifellos würde materieller Wohlstand viele dem Kommunismus zuführen, die ihm zweifelnd gegenüberstanden oder ihm durch seine Entrechtungspolitik entfremdet worden sind. Nur muß dieser Wohlstand auch wirklich kommen, und zwar rasch, nicht als Verheißung der Zukunft, wenn er die Wirkungen des Anschauungsunterrichtes üben soll.

Wodurch soll dieser Wohlstand erzielt werden? Die Notwendigkeit der Diktatur setzt voraus, daß eine Minderheit der Bevölkerung sich der Staatsgewalt bemächtigt hat. Eine Minderheit, bestehend aus Besitzlosen. Die große Waffe der Proletarier ist aber ihre Zahl, in normalen Zeiten können sie nur dadurch wirken, können sie die Staatsgewalt nur erobern, wenn sie die Überzahl bilden. Als Minderheit werden sie ans Staatsruder nur gelangen durch ein Zusammentreffen außergewöhnlicher Umstände, durch Katastrophen, in denen eine Staatsgewalt zusammenbricht, die den Staat verkommen ließ und ihn verelendete.

Der Sozialismus, daß heißt allgemeiner Wohlstand innerhalb der modernen Kultur, wird nur möglich durch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte, die der Kapitalismus mit sich bringt,

durch die enormen Reichtümer, die er schafft und die sich in den Händen der kapitalistischen Klasse konzentrieren. Ein Staatswesen, das diese Reichtümer durch eine unsinnige Politik, etwa einen erfolglosen Krieg, vergeudet hat, bietet von vornherein keinen günstigen Ausgangspunkt für die rascheste Verbreitung von Wohlstand in allen Schichten.

Wenn als Erbe der bankrotten Staatsgewalt nicht ein demokratisches, sondern diktatorisches Regime auftritt, verschlimmert es noch die Situation, da es den Bürgerkrieg zur notwendigen Folge hat. Was da an materiellen Mitteln noch übrig bleibt, wird durch die Anarchie verwüstet.

Endlich bedeutet Wohlstand für alle ununterbrochenen Fortgang der Produktion. Die Zerstörung des Kapitalismus ist noch nicht Sozialismus. Wo kapitalistische Produktion nicht sofort in sozialistische übergeführt werden kann, muß jene weiterbestehen, sonst wird der Produktionsprozeß unterbrochen und damit das Massenelend produziert, das der moderne Proletarier als allgemeine Arbeitslosigkeit so sehr fürchtet.

Nur wo das Proletariat eine Schulung in genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher, städtischer Selbstverwaltung und in Anteilnahme an staatlicher Gesetzgebung und Regierungskontrolle durchgemacht hat und zahlreiche Intellektuelle bereit sind, der sozialistischen Produktion ihre Dienste zu leihen, vermag diese sofort ohne Störungen den Kapitalismus überall dort zu ersetzen, wo unter den neuen Verhältnissen kapitalistische Produktion unmöglich wird.

In einem Lande, das ökonomisch noch so wenig entwickelt ist, daß das Proletariat nur eine Minderheit bildet, ist diese Reife des Proletariats nicht zu erwarten.

Es ist also von vornherein anzunehmen, daß überall dort, wo das Proletariat sich an der Staatsmacht nur behaupten kann durch die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie, die Schwierigkeiten, die sich dem Sozialismus entgegenstellen, so groß sind, daß es geradezu ausgeschlossen erscheint, die Diktatur könne rasch allgemeinen Wohlstand bringen und auf diese Weise die durch sie politisch entrechteten Volksmassen mit dem Gewaltregime versöhnen.

Natürlich kann ein jedes neue Regime auf unerwartete Schwierigkeiten stoßen. Man täte Unrecht, sie von vornherein diesem Regime zur Last zu legen und sich dadurch ohne nähere Prüfung der Sachlage entmutigen zu lassen. Aber soll man trotz der

Schwierigkeiten ausharren, dann muß man vorher schon eine starke Überzeugung der Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Regimes gewonnen haben. Nur dann wird man sich an ihm nicht irremachen lassen. Die Erfolgsanbeter sind stets unsichere Kantonisten.

So kommen wir auch hier wieder auf die Demokratie zurück, die uns zwingt, danach zu streben, daß wir die Massen durch intensivste Propaganda aufklären und überzeugen, ehe wir an die Durchführung des Sozialismus herangehen. Wir müssen auch hier wieder die Methode der Diktatur ablehnen, die an Stelle der Überzeugung den Anschauungsunterricht der Gewalt setzt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß der Anschauungsunterricht bei der Verwirklichung des Sozialismus nichts zu leisten vermöge. Im Gegenteil, er kann und wird dabei eine große Rolle spielen, aber nicht durch Vermittlung einer Diktatur.

Die verschiedenen Staaten der Welt stehen auf sehr verschiedenen Stufen ökonomischer und politischer Entwicklung. Je kapitalistischer ein Staat auf der einen Seite, je demokratischer auf der anderen Seite, desto näher steht er dem Sozialismus. Je mehr seine kapitalistische Industrie entwickelt ist, desto höher seine Produktivkräfte, desto größer sein Reichtum, desto gesellschaftlicher die Arbeit, desto zahlreicher sein Proletariat. Und je demokratischer ein Staat, desto besser organisiert und geschult ist sein Proletariat. Die Demokratie hemmt mitunter sein revolutionäres Denken, ist aber das unentbehrliche Mittel, ihm jene Reife zu erleichtern, deren es bedarf zur Gewinnung der politischen Macht und zur Durchführung der sozialen Revolution. In keinem Lande bleiben Konflikte aus zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen, aber je vorgeschrittener kapitalistisch und demokratisch ein Land, desto größer die Aussicht für das Proletariat, in einem solchen Konflikt nicht bloß vorübergehend zu siegen, sondern den Sieg auch zu behaupten.

Wo ein Proletariat unter solchen Bedingungen an das Staatsruder gelangt, wird es ausreichend materielle und ideelle Machtmittel vorfinden, um sofort der ökonomischen Entwicklung die Richtung zum Sozialismus zu geben und sofort den allgemeinen Wohlstand zu vermehren.

Das gibt dann einen wahrhaften Anschauungsunterricht für die ökonomisch und politisch rückständigen Länder. Die Masse ihrer

Proletarier wird nun einmütig Maßnahmen in gleichem Sinne verlangen, aber auch alle anderen Schichten der ärmeren Klassen, sowie zahlreiche Intellektuelle werden verlangen, daß der Staat den gleichen Weg zum Wohlstand einschlage. So wird durch den Anschauungsunterricht des vorgeschrittenen Landes die Sache des Sozialismus auch in Ländern unwiderstehlich werden, die heute noch nicht so weit sind, daß ihr Proletariat aus eigener Kraft allein die Staatsmacht zu erobern und den Sozialismus durchzuführen vermöchte.

Und wir brauchen diesen Zeitpunkt nicht in eine ferne Zukunft zu versetzen. In einer Reihe von Industriestaaten scheinen bereits die materiellen und ideellen Vorbedingungen des Sozialismus in ausreichendem Maße vorhanden zu sein. Wir haben die feste Überzeugung, im Deutschen Reiche bereits so weit zu sein. Die Frage der politischen Herrschaft des Proletariats ist da bloß noch eine Frage seiner Macht, vor allem seiner Geschlossenheit. Nur innerer Zwiespalt kann uns noch verderben.

Daß durch einen Anschauungsunterricht der höher entwickelten Nationen der Gang der sozialen Entwicklung beschleunigt werden kann, darauf wies schon Marx im Vorwort zur ersten Auflage seines „Kapital" hin:

„Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist . . . kann sie naturgemäß Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern."

Unsere bolschewistischen Freunde scheinen diesen Satz trotz ihrer zahlreichen Berufungen auf Marx ganz vergessen zu haben, denn die Diktatur des Proletariats, die sie predigen und üben, ist nichts als ein grandioser Versuch, naturgemäße Entwicklungsphasen zu überspringen und wegzudekretieren. Sie meinen, das sei die schmerzloseste Methode, den Sozialismus zu gebären, seine „Geburtswehen abzukürzen und zu mildern". Aber wenn man im Bilde bleiben will, dann gemahnt uns ihre Praxis mehr an eine schwangere Frau, die die tollsten Sprünge vollführt, um die Dauer ihrer Schwangerschaft, die sie ungeduldig macht, abzukürzen und eine Frühgeburt herbeizuführen.

Das Produkt eines solchen Verfahrens ist in der Regel kein lebensfähiges Kind.

Marx spricht hier von dem Anschauungsunterricht, den eine Nation der anderen erteilen kann. Für den Sozialismus kommt jedoch noch eine andere Art Anschauungsunterricht in Betracht, diejenige, die eine höher entwickelte Betriebsform für rückständige erteilen kann.

Wohl trachtet die kapitalistische Konkurrenz überall danach, die rückständigen Betriebe auszurotten, aber das ist unter kapitalistischen Bedingungen ein so qualvoller Prozeß, daß die von ihm Bedrohten ihn mit allen Mitteln abzuwehren suchen. Die sozialistische Produktionsweise wird daher noch eine Menge Betriebe vorfinden, die technisch überlebt sind. Namentlich in der Landwirtschaft, wo der Großbetrieb nur geringe Fortschritte macht, stellenweise sogar zurückgeht.

Sozialistische Produktion läßt sich aber nur auf der Grundlage des Großbetriebes entwickeln. Die sozialistische Landwirtschaft wird sich zunächst auf die Vergesellschaftung der Großbetriebe, die sie vorfindet, beschränken müssen. Erzielt sie dabei gute Resultate, wie zu erwarten ist, wenn sie an Stelle der Lohnarbeit, die in der Landwirtschaft nur unzureichende Resultate erzielt, die Arbeit freivergesellschafteter Menschen setzt, gestalten sich die Verhältnisse der Arbeiter in den sozialistischen Großbetrieben günstiger, als die der kleinen Bauern, dann darf man mit Bestimmtheit erwarten, daß diese massenweise freiwillig zur neuen Produktionsweise übergehen, wenn die Gesellschaft ihnen die dazu nötigen Mittel liefert. Früher nicht. In der Landwirtschaft arbeitet der Kapitalismus dem Sozialismus nur ungenügend vor. Und es ist ganz aussichtslos, bäuerliche Besitzer theoretisch von den Vorzügen des Sozialismus überzeugen zu wollen. Bei der Sozialisierung der bäuerlichen Landwirtschaft kann nur der Anschauungsunterricht helfen. Dieser setzt jedoch eine gewisse Ausdehnung landwirtschaftlicher Großbetriebe voraus. Der Anschauungsunterricht wird um so rascher und gründlicher wirken, je ausgedehnter der Großbetrieb im Lande.

Das Ziel der kleinbürgerlichen Demokraten: die Vernichtung jeglichen landwirtschaftlichen Großbetriebes und seine Aufteilung in Zwergbetriebe, es wirkt dem Sozialismus in der Landwirtschaft und damit in der Gesellschaft überhaupt aufs stärkste entgegen.

Die Praxis wirkt immer stärker als die Theorie, der Anschauungsunterricht der Tat stets mehr, als die begeistertsten Reden.

Sozialen Anschauungsunterricht der verschiedensten Art in größtem Stile zu leisten, ist die deutsche Sozialdemokratie jetzt berufen.

Schon vor dem Kriege hing ihr ein Drittel des deutschen Volkes an, soweit man nach den Wahlstimmen schließen kann, die die Größe ihrer Anhängerschaft eher zu gering als zu groß erscheinen ließen. Im Kriege sind alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme zusammengebrochen. Die große Masse der Bevölkerung steht jetzt hinter uns. Wir haben ihr den Anschauungsunterricht durch unsere Taten nicht mehr zu erteilen, um ihr Vertrauen zu gewinnen, sondern nur noch zu dem Zwecke, es zu rechtfertigen und zu erhalten. Die Demokratie ist heute in Deutschland für uns, wir sind nicht in der Lage des russischen Bolschewismus, wir bedürfen nicht der Diktatur.

Der Ruf nach der Diktatur wäre bei uns nur ein Zeichen innerer Schwäche, des Mißtrauens zu unsern eigenen Leistungen, des Zweifels, ob unser Anschauungsunterricht derart sein kann, daß es ihm gelingen werde, die Volksmassen unserer Fahne treu zu erhalten. Und als Symptom von Schwäche und Zweifel an sich selbst könnte die Diktatur und schon die bloße Propagierung der Idee der Diktatur nur eines bewirken: den Glauben großer Volksmassen an unsere innere Kraft ins Wanken zu bringen. Wir verlieren dann die sieghafte Macht der Überzeugung, daß die große Mehrheit des Volkes unzweifelhaft hinter uns steht.

Die Idee der Diktatur würde aber auch, ebenso wie in Rußland, ein spaltendes Element für das sozialistische Proletariat selbst werden. So ungeheuer die Schwierigkeiten sind, die wir zu bewältigen haben, wir dürfen hoffen, ihrer Herr zu werden, wenn wir einmütig uns daran machen, sie in positiver Arbeit zu überwinden, für die durch die Revolution der Boden geschaffen wurde. Diese einmütige positive Arbeit, das ist der Anschauungsunterricht, den wir zu leisten haben, um des Proletariats willen, und um des Sozialismus willen. Die Idee der Diktatur kann diese Arbeit nicht fördern, sie kann sie nur stören; sie kann nicht dahin wirken, daß der Prozeß der Selbstzerfleischung innerhalb der sozialistischen Reihen durch die Notwendigkeit gemeinsamer positiver Leistungen überwunden, sondern nur dahin, daß er aufs höchste gesteigert wird in dem Moment, in dem die siegreiche Sozialdemokratie sich nur durch die Geschlossenheit des Proletariats zu behaupten ver-

mag. Ist doch nicht einmal die Partei der unabhängigen Sozialdemokratie einig in dieser Frage.

Die einzige Art von Anschauungsunterricht, die heute der Versuch einer Proklamierung der Diktatur zu produzieren vermöchte, wäre die Zwietracht im sozialistischen Proletariat. Sie könnte nur abschreckend wirken auf die große Masse des arbeitenden Volkes bei uns, auf die sozialistische Demokratie der Welt. Sie würde uns die Möglichkeit rauben, durch die Demokratie unsere Ziele zu erreichen, ohne auch nur im geringsten die Möglichkeit zu schaffen, sie durch die Diktatur durchzusetzen. Das Endergebnis des Versuchs der Aufhebung oder Vorenthaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der definitiven Ersetzung einer Nationalversammlung durch eine dauernde Zentralversammlung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten wäre nur Bürgerkrieg, völliger ökonomischer Ruin und daher schließlicher Sieg der Gegenrevolution.

Und darum wollen und müssen wir festhalten an der Demokratie, an dem allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrecht, um das wir seit einem halben Jahrhundert gerungen haben.

Gedruckt bei Imberg & Lefson G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 118